

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postsparkassantonto 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16,- Kč, vierteljährlich 48,- Kč, halbjährlich 96,- Kč, ganzjährig 192,- Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120,- SK, für Deutschland 16,- Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Ein bestätigtes Fehlurteil.

Der Oberste Gerichtshof hat Samstag das Urteil des Brünner Ausnahmegerichtes gegen Karl Botaba und Genossen in seinem ganzen blutigen Ausmaße bestätigt. Nicht bloß den fragwürdigen materiellen Teil, nicht bloß das Beweisverfahren, das gerade Unmögliches als erwiesen annimmt, sondern auch das unerhört harte Urteil des Ausnahmegerichtes hat der Oberste Gerichtshof zu wiederholen für gut befunden: Karl Botaba wurde zu zehn Jahren, Vladimír Burian zu zehn Jahren, Franz Sobotka zu acht Jahren, Adolf Škoda zu acht Jahren, Alfons Remunda zu sechs und Thomas Krásný zu sechs Jahren schweren Kerkers verurteilt. Monate nach den Dezemberereignissen hat der Oberste Gerichtshof die gleiche beispiellose Schärfe des Gesefes zur Anwendung gebracht, wie jenes Ausnahmegericht, das sich bestimmt erachtete, durch Abschreckung eine Wiederholung der Dslatwaner Dezemberereignisse zu verhüten. Nicht Milde, nur Gerechtigkeit konnte man von den Brünner obersten Richtern erwarten, aber kein guter Geist hat sie bei der Fällung dieses Urteils erfüllt!

Nach der Anklage haben die so grausam Verurteilten das Verbrechen des Aufstandes begangen. Ihnen wird es zugeschrieben, daß am 13. Dezember vorigen Jahres die Arbeiterschaft von Dslatwan sich gegen die Organe des Staates erhoben hat. Worin bestand dieser Aufstand? Man streifte und schaltete das elektrische Ueberlandwerk ab. Und als sich dann die bewaffnete Macht in kriegsmäßiger Gesechtsformation dem Arbeiterdorfe näherte und die Arbeiter zur Kapitulation zwang, wurden die Soldaten aufmuntert, die Waffen von sich zu werfen. Man kann, und es wurde auch versucht, diesen Tatbestand durch Einzelheiten zu ergänzen, ihn kriegsgrausig ausschmücken, aber eines kann man nicht, aus ihm den Tatbestand des Aufstandes, den § 68 St.-G. konstruieren. Dieser Paragraph setzt zu einem Aufstande „die Zusammenrottung mehrerer Personen voraus, um der Obrigkeit mit Gewalt Widerstand zu leisten“, ein klarer einheitlicher Wille muß die Aufständischen befehlen und vor allem müssen sie dabei gewesen sein, aber weder das Erstere noch Letzteres war bei Botaba und Genossen der Fall. Die Arbeiter Remunda und Krosby zum Beispiel, die einzig und allein eine Rede gehalten haben und am 12. Dezember gefangen genommen wurden, sind angeklagt und verurteilt, weil — wir folgen dem Urteil — am 13. Dezember, also in ihrer Abwesenheit, die Soldaten entwaffnet hätten! Und wie sieht es denn mit dieser „Entwaffnung“ selbst? Als erwiesen wurde vom Gericht angenommen, daß bei diesem „Aufstand“ „jemand“ gerufen hat: „Werfet die Waffen fort!“ Gleichzeitig darauf, so sagt das Gerichtsprotokoll, „stürzte sich die Menge von hinten auf die Soldaten und begann sie zu entwaffnen.“ Aber wer ist dieser „Jemand“? Und beweist nicht gerade das Auftreten dieses „Jemand“, daß die Dslatwaner Demonstration kein Aufstand im Sinne des Strafgesefes war. Sollte es ein Aufstand sein, so hätten individuell-bestimmte Personen diese Tat vorher planmäßig ins Werk setzen, die Entwaffnung hätte gleichsam organisiert werden müssen. Aber gerade das Kriterium des Aufstandes, seine Organisation, fehlt den Dslatwanern Demonstrationen und deshalb sind sie ja kein Aufstand gewesen. Sowohl das Ausnahmegericht als auch der Oberste Gerichtshof haben, wie schon diese Beispiele dartun, das Gesef extensiv interpretiert, sie haben etwas in den Strafparagrafen hineingebacht, was in ihm nicht enthalten ist. Die Richter selbst haben gegen den Geist des Gesefes verstoßen.

Benesch Ministerpräsident.

Neue Ernennung des neuen Kabinetts. — Kein Ministerium Švehla.

Die für Anfang Oktober erwartete Bildung der neuen parlamentarischen Regierung wird noch im Laufe des heutigen Tages vorgenommen werden. Bis zur letzten Stunde wurde über die Personen, welche in die Ministerliste aufgenommen werden sollten, tiefstes Stillschweigen bewahrt, als gälte es, eine freudige Ueberraschung nicht vorzeitig zu verraten. Das neue Kabinett stellt in der Tat eine Ueberraschung dar, wenngleich man unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen von einer freudigen Ueberraschung unter keinen Umständen sprechen kann.

Die Ueberraschung besteht darin, daß an Stelle Švehlas, der bis zur letzten Stunde als Ministerpräsident in Aussicht genommen war, Dr. Benesch, der bisher Minister des Aeußeren war und es auch bleiben soll, tritt. Das neue Kabinett wird nicht ein rein parlamentarisches sein, da als Minister des Innern Dr. Cerný, als Minister für Finanzen der Beamte Novák ernannt werden. Die neuen Minister sind folgende:

- Dr. Benesch (Nationalsoz.), Ministerpräsident.
- Dr. Benesch, Minister des Aeußeren.
- Dr. Cerný (Beamter), Inneres.
- Novák (Beamter), Finanzen.
- Ubrzál (Agrarier), Nationalverteidigung.
- Tuchý (Nationalsoz.), Öffentliche Arbeiten.
- Jug. Novák (Nationald.), Handelsminister.
- Sramel (Merikal), Eisenbahnen.
- Habrmann (Soziald.), Soziale Fürsorge.
- Dolanský (Merikal), Justiz.
- Šjobar (Slowak), Unterricht.
- Štancl (Agrarier), Landwirtschaft.
- Srba (Sozialdem.), Post und Ernährung.
- Orbenák (Nationaldem.), Gesundheitswesen.
- Derer (Slov. Sozialdem.), Unifizierung.
- Micura, Slowakei.

An der Liste ist vor allem auffällig, daß der Anteil der tschechischen Sozialdemokraten an dem neuen Ministerium um ein Portefeuille kleiner ist, als angenommen wurde.

Die Bestellung des Ministers des Aeußeren zum Ministerpräsidenten ist sicher ein ganz ungewöhnlicher Vorgang. Jedenfalls findet der neue Mann, dem unser staatliches, politisches

und wirtschaftliches Schicksal anvertraut wird, bei seinem Amtsantritte rings nur Pessimismus u. Unglauben an die Erfüllung seiner Sendung, obwohl das ein Jahr lange Wirken der Beamtenregierung eigentlich dazu einladen müßte, ihr Verschwinden in der Versenkung wie die Befreiung von einem Alpdruck zu begrüßen. Aber das Gefühl der Erleichterung, das man darüber empfindet, daß diese Regierung von mehr oder minder halbstarrigen, kurzfristigen und verlarvten Bürokraten endlich das Feld räumt, wird leider durch das trübe Bewußtsein überwogen, daß auch diesmal nichts Besseres nachfolgen wird. Es wechseln die Kulissen und Prospekte und es wechseln die Akteure, aber gespielt wird auch weiter nur das armselige, miserable Stück werden, das wir nun schon zum Ueberdruß kennen.

Der Staat befindet sich im Innern in schwerer Krise. Er leidet an einer Krankheit, deren Keim er schon in seiner Geburtsstunde empfangen hat. Das Leiden frißt immer weiter und tiefer, aber die Ärzte versuchen mit Polizeigewalt, Staatsanwälten und Zensoren die Erscheinungen der Krankheit zu beseitigen, anstatt sich zu bemühen, die Ursache des Leidens zu erkennen und es von der Wurzel auf zu heilen. Ein Pflaster auf die Wunde war die Beamtenregierung, das Mittel versagte und so soll dem Patienten eine neue Mixtur, das nationale Kabinett, Heilung bringen. Aber schon heute weiß man: das neue Elixer wird den Kranken nicht um einen Schritt der Gesundung näher bringen, sondern eher dazu beitragen, seine Leiden noch zu steigern.

Die allnationale Koalition, die nun verantwortlich die Führung der parlamentarischen Geschäfte übernimmt, wir haben sie, unverantwortlich, auch schon bisher in der rühmlichst bekannten „Peška“ an der Arbeit gesehen. Wir haben ihr Wirken beobachten können, ihre monatelang währenden Uneinigheiten, die über die einfachsten Dinge entstanden sind, und so steht schon heute in voller Plastik ihr künftiges Wirken oder richtiger: Unwirken vor unserem Auge. Was sich ändert, ist, daß die papierdünne Zwischenwand, wie sie die Beamtenregierung darstellte, fällt. Sonst bleibt alles beim alten und, wie es Taaffe einst in dem geflügelten Worte prägnant ausdrückte, es wird fortgewurstelt!

Aber nicht die juristische Seite dieses Prozesses, die die tschechoslowakische Strafgerichtsbarkeit von ihren dunkelsten Seiten zeigt, wollen wir hier beleuchten, sondern das Fehlurteil als Politikum.

Bewaffnete bringen in eine Stadt, stürzen sich auf eine wehrlose Versammlung, töten hier, was ihnen unter das Bajonett gerät. Diese blutigen Gewalttäter gehen noch heute hierzulande mit Stolz in der Brust frei umher; kein Staatsanwalt hat die Anklage gegen sie erhoben, nichts ist geschehen. Die Justiz hat nicht nur ihre Augen unthüllt, sie hat sich bei dieser Gelegenheit auch ihre Ohren fest verstopft. Da waren es sicherlich „Unauffindbare“, die in Aufzügen geschossen und gestochen haben und weil es solche „Jemande“ waren, weil es „die Masse“ der über die deutschen Demonstranten empörten Legionäre waren, so kann man dieser Masse nichts anhaben. In Dslatwan aber greift man kühn in die „Masse“ und holt sich auf Jahrzehnte wenige heraus. Die haben es

gemacht. Wo bleibt da die Konsequenz? Gibt es hierzulande zweierlei Massen: durch ihre Repräsentanten strafbare und strafflose? Und warum wurden gegen die Untäter von Aufzügen nicht Ausnahmegerichte eingesetzt, da man es im Dezember für nötig fand?

So klar, wie durch die ungeschickliche, der Verfassung widersprechende Einsetzung der Ausnahmegerichte über die Dezemberopfer wird auch durch die Rechtsprechung des obersten Gerichtshofes der Ungeist unserer Justiz offenbar. Sie erfüllt durch ihre unsachliche Unberechenbarkeit mit Grauen, durch ihre mitleidlose Härte mit Abscheu, durch den Klaffenden Botaba und Genossen ist ungerecht und unmenschlich. Eine A m n e s t i e für die Opfer unserer politischen Justiz muß endlich dieses traurige Kapitel abschließen!

Die Situation unserer Eisenindustrie.

Nach wie vor ist am Eisen- und Eisenwarenmarkt die gleiche Stagnation zu verzeichnen. Das Geschäft geht flau — sehr flau und trotz aller Mühe, die sich die einzelnen Werke geben, lassen sich größere Abschlässe nicht tätigen. Die hohen Preise dämpfen die Kauflust und die Valutaschwankungen gebieten Vorsicht. In verschiedenen Artikeln macht sich bereits die ausländische, billigere Konkurrenz bemerkbar und diese Tatsache wirkt neuerlich hemmend auf die Produktion ein.

Nun hat endlich das Außenhandelsamt auf Grund der Verordnung Nr. 412 vom Jahre 1920 mit Entscheidung vom 26. August die Ausfuhr der wichtigsten tschechoslowakischen Exporterzeugnisse freigegeben, soweit im Hinblick auf die Interessen der Bevölkerung oder des Staates eine vorübergehende Beibehaltung der staatlichen Kontrolle nicht mehr möglich ist. Zu den freigegebenen Waren gehören auch Eisen- und Eisenwaren (ausgenommen Roheisen), Maschinen (ausgenommen alte Textilmaschinen), elektrische Maschinen, Fahrzeuge und Apparate. Die hier genannten Waren können nun ohne Exportgebühr ausgeführt werden und der Exporteur hat lediglich die Verpflichtung, dem Außenhandelsamt eine Erklärung über die Ausfuhr mit Angabe des Wertes der exportierten Waren vorzulegen. Diese Maßnahmen, die geeignet gewesen wären, eine Besserung der allgemeinen Situation in der Eisenindustrie herbeizuführen, kommen leider, wie so vieles in diesem Staate, recht spät. Vor 6 oder 10 Monaten hätte durch manches gebessert werden können, denn damals war unsere Eisenindustrie konkurrenzfähiger als heute. Die spezielle Industriepolitik dieses Staates selbst hat aber seit jener Zeit dafür gesorgt, daß es immer schlechter wurde und so ist es gekommen, daß heute die großen Eisenwerke kaum noch 40 Prozent ihrer durchschnittlichen Jahreserzeugung des letzten Jahrzehntes erreichen. Für die kleinen Werke ist die Situation noch um vieles schlechter, weil hier meistens die technischen Einrichtungen noch recht rückständig sind.

Die Ausfuhr nach Polen, Deutschösterreich und Jugoslawien ist heute mit Ausnahme von inländischen Spezialitäten infolge der valutatischen Unsicherheit fast unmöglich. Allbisher getätigten Abschlässe konnten nicht ohne große Schwierigkeiten durchgeführt werden und die Großisten in jenen Staaten entschließen sich nur schwer, mit unserer Industrie Geschäfte zu machen. Der Devisenmangel unserer staatlichen Zentralstellen von früher rächt sich nun bitter und es zeigt sich, daß unser Ansehen im Ausland ziemlich gesunken ist. Unterdessen haben aber auch die Werke in unseren ehemaligen Absatzgebieten zu nützen verstanden, haben, soweit dies möglich war, ihre Betriebe ausgebaut und sich den geänderten Verhältnissen angepaßt. Mit der heimischen Eisenindustrie in Polen, Deutschösterreich und Jugoslawien kann unsere Eisenindustrie nicht mehr konkurrieren, da die Preisunterschiede viel zu groß sind. Daß dabei die valutatischen Verhältnisse eine ausschlaggebende Rolle spielen, ist klar. Die polnische Werke z. B. verkaufen ihre Fabrikate pro 100 Kg. um rund 4500 poln. Mark, das sind zum heutigen Kurs ungefähr 60 Kč. Die Herstellungskosten derselben Fabrikate in der Tschechoslowakei betragen aber annähernd 300 Kč. Ungefähr das gleiche Verhältnis besteht aber auch bei Jugoslawien, besteht auch bei Deutschösterreich. Noch ein Beispiel. Die Polen zahlen heute für eine tschechische Krone 50 poln. Mark, die Deutschösterreicher 19 bö. Kronen, die Ungarn 8 ung. Kronen usw. In all den Ländern, die früher unsere Absatzgebiete waren, kauft man heute viel

lieber nach Mark und gerade der Tiefstand der Mark der letzten Wochen hat den Abschluß größerer Aufträge unmöglich gemacht. Die Länder mit hochwertiger Valuta wiederum schließen sich immer mehr gegen die Einfuhr ausländischer Industrieerzeugnisse ab, denn auch bei ihnen hat die Wirtschaftskrise schon längst katastrophale Formen angenommen.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn von den Hochöfen in diesem Staate nur noch wenige im Betrieb sind. Alle großen Eisenwerke haben außerdem noch tausende Arbeiter entlassen und die noch in Arbeit gebliebenen arbeiten in der Regel nur drei oder vier Schichten in der Woche. In der weiterverarbeitenden Eisenindustrie liegen die Dinge ähnlich, auch hier waren und sind Entlassungen an der Tagesordnung. kaum die Hälfte der Betriebe arbeitet noch voll. Nach den statistischen Erhebungen des „Internationalen Metallarbeiterverbandes“ wurden Ende August im deutschen Industriegebiet 2854 arbeitslose Metallarbeiter gezählt, die der genannte Verband in seinen Mitgliederlisten führt. Dabei ist aber zu bemerken, daß die arbeitslosen Metallarbeiter, die nicht, oder bei anderen Branchen organisiert sind, nicht erfasst wurden. Ebenso werden jene Mitglieder, die vom Verband bereits ausgesteuert sind, nicht erfasst, weil sie sich nicht mehr zur Kontrolle melden. Außerdem aber wird in dem statistischen Bericht darauf verwiesen, daß einige Verwaltungsstellen keine Berichte eingefendet haben. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände kann die Zahl der Arbeitslosen aus der Eisen- und Metallindustrie in den deutschen Industriegebieten allein auf 5000 geschätzt werden. Diesen Schlüssel als Grundlage für die übrige Eisen- und Metallindustrie genommen, kann man ruhig die Zahl der Arbeitslosen, weil die Verhältnisse in der tschechischen Industrie ganz gleich liegen, auf 20 bis 25.000 schätzen. Vier Fünftel davon entfallen auf die Eisenindustrie allein. Aber auch über den Beschäftigungsgrad bietet die Statistik genaue Ziffern. Ende August arbeiteten im deutschen Industriegebiet an 5 Tagen pro Woche 29 Betriebe mit 2866 Arbeitern, 4 Tage pro Woche 39 Betriebe mit 3271 Arbeitern, an 3 Tagen pro Woche 17 Betriebe mit 1256 Arbeitern und an 2 Tagen pro Woche 4 Betriebe mit 1759 Arbeitern.

Ganz stillgelegt waren 12 Betriebe mit 518 Arbeitern. So wie im deutschen Industriegebiet liegen die Verhältnisse im ganzen Staate. Wenn Blättermeldungen Glauben geschenkt werden darf, liegen die Dinge in der Slowakei so schlecht, daß mit der Stilllegung einiger Werke gerechnet werden muß. Dabei ist aber zu beachten, daß die Verhältnisse sich nicht erst seit gestern so verschlechtert, sondern daß diese Krise schon monatelang anhält. In diesen Zuständen wird nun auch die Freigabe des Exportes — wie wir Eingang berichteten — nicht mehr viel ändern. Soll die einst so blühende Eisenindustrie dieses Staates wieder florieren, dann müssen sich die Regierenden der Tschechoslowakei schon noch zu anderen Taten aufraffen. Fürs erste wäre eine Verbilligung der Befestigungskosten anzustreben, doch kann hier kein Dothanabau in Frage kommen. Wir verweisen darauf, daß gerade in der Eisenindustrie die Löhne nur sehr selten 10 Prozent der Verkaufspreise erreichen und es kann infolgedessen auch eine ziemlich empfindliche Lohnreduzierung keine merkliche Preisentwertung mit sich bringen. Im Gegenteil, die Werke müssen nun mit Lohnserhöhungen rechnen, denn die Arbeiterschaft kann die neuerliche Teuerungswelle nicht mehr ertragen.

Die Befestigungskosten lassen sich aber auch auf andere Weise verringern und zwar kann schon eine merkliche Verbilligung durch die Befestigung der Kohlenabgabe herbeigeführt werden. Kommt dazu noch eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachtsätze, dann wäre die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Aufzessionsstaaten und gegenüber Deutschland gegeben. Damit wäre schon viel erreicht, denn eine ganze Anzahl alter Kunden könnten wieder gewonnen werden. Wenn nun noch die verschiedenen Handelsverträge mit den einzelnen Staaten einer gründlichen, sachmännischen Revision unterzogen würden, ließen sich weitere Erleichterungen schaffen. Dann wäre es schon wieder möglich, Abschlüsse zu tätigen, die Industrie bekäme wieder Leben und damit wäre auch der Kohlen- und Koksfrage Abhilfe getan. Geschicht aber auch jetzt noch nichts, dann muß die Regierung die Verantwortung tragen für all die Folgen, die sich aus der gegenwärtigen traurigen Situation ergeben.

Genossen! Gedenkt des Fonds zur Erhaltung des Zentralorgans!

Inland.

Wo bleibt das Parlament?

Dr. Beneš, der Minister der Neuern, hält mit den Diplomaten der Nachbarstaaten wegen der westungarischen Frage Konferenzen über Konferenzen, sendet Warnungs- und Drohnoten nach Budapest, die unter Umständen geeignet sein können, die Tschechoslowakei in die schwersten Verwicklungen zu stürzen, er konsertiert und sucht zu vermitteln — doch alles, als ob er für das, was sich an Folgen daraus ergeben kann, allein verantwortlich wäre und als gäbe es keinen parlamentarischen Verwaltungsrat. Die Entente hat durch ihre Zerfahrenheit, wie durch die offenkundige Favorisierung der Hortbündnisse, welche die Uebergabe Westungarns an Oesterreich mit blutiger Gewalt verhindert haben und nun sogar österreichisches Gebiet mit Ueberfällen der österreichischen Grenzschutztruppen heimzuden, schwere Gefahren heraufbeschworen, sodaß nun auch die Tschechoslowakei von den Folgen in Mitleidenschaft gezogen erscheint. Seit einer Reihe von Tagen verhandelt Dr. Beneš mit dem österreichischen Bundeskanzler Schober und mit dem ungarischen Minister des Neuern Baron Banffy. Man hört sogar, daß Dr. Beneš der ungarischen Regierung mit den Waffen drohen ließ, doch von all dem erfährt man nur durch gelegentliche Zeitungsnotizen und die Abgeordneten, die der Bevölkerung in erster Linie verantwortlichen Führer der Parteien, sitzen indessen beschaulich zuhause und auch sie sind, wenn sie von dem, was vorgeht, Kenntnis erhassten wollen, ausschließlich auf Zeitungsmeldungen angewiesen. Das ist ein Zustand, der zum schärfsten Protest herausfordert und es muß die entschiedenste Forderung erhoben werden, daß das Parlament über die Vorgänge und Verhandlungen aufs genaueste unterrichtet und um seine Meinung befragt werde. Was sich abspielt, das sind die ärgsten Auswüchse der geheimen Diplomatie jener Geheimdiplomatie, die man nach dem Weltkrieg endgiltig begraben glaubte und die zu verabschieden auch wiederholt von den verantwortlichen Staatsmännern versprochen wurde. Dennoch sehen wir sie in voller Unkümmertheit nun wieder an der Arbeit. Für heute Nachmittag ist endlich auf Betreiben des tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten Nemeš eine Sitzung des Ausschusses für Neuheres angebergt. Dort muß Dr. Beneš nicht nur sofort ein klares Bild der Vorgänge und einen genauen Bericht über seine Verhandlungen erstatten, es muß auch die Forderung nach sofortiger Einberufung des Parlamentes erhoben werden. Es geht möglicherweise um Krieg oder Frieden. Darüber zu entscheiden, kann einzig und allein dem Parlament zustehen. In der Sitzung des Ausschusses für Neuheres wird es sich erweisen, welchen Parteien es mit der Befestigung der geheimen Diplomatie, die über die Menschheit schon soviel Unglück gebracht hat, ernst ist und ob sie gesonnen sind, alles zu tun, um das Parlament in seine Rechte einzusetzen.

Die Banden planen neue Angriffe.

Wien, 26. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Ueber die ungarische Bandenbewegung wird von der Grenze gemeldet, daß die Lage noch immer sehr ernst ist. Die ungarischen Truppen planen einen Angriff auf Burgau und Neudau. In dem Orte Siegerbach, der Neudau gegenüberliegt, ist gestern eine Militärabteilung erschienen, die Unterstützung und Verpflegung für 50 Offiziere und mehrere hundert Mann sicherstellen. Ebenso ist die ganze Bevölkerung in diesem Gebiete zur Abgabe von Lebensmitteln und Bekleidungsstücken genötigt.

Vorgestern wurden nördlich von Sauerbrunn 8 ungarische Patronillen festgestellt, die entlang der Bahnlinie relognozierten. Dabei handelt es sich um einen von der Entente als neutral bezeichneten Terrainstreifen!

Die Meinung der Räuberhauptleute.

Budapest, 25. September. Abgeordneter Lingauer erklärte einem Mitarbeiter des „Az Ujsag“, er bezweifle, ob es der ungarischen Regierung gelingen werde, Westungarn zu räumen. Soviel ich weiß, sagte er, sind die dort befindlichen Banden entschlossen, um keinen Preis und niemandem zuliebe den Kampf aufzugeben. Wie kann die Entente wünschen, daß die ungarische Regierung ein Gebiet räumen soll, das sich ihrem Imperium entzo-

gen hat und wie soll sie Banden in einer Gegend abrüsten, wo ihre Macht bereits gedrohen ist?

Budapest, 25. September. Abg. Friedrich erklärt in „Nemzet Ujsag“, daß nach seiner Ansicht in der westungarischen Frage auch nach dem Einlangen der letzten Ententenote keine Veränderung eingetreten ist.

Ein Attentat in der Nationalversammlung.

Budapest, 24. September. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung feuerte, als gerade Interventionen verhandelt wurden, ein unbekanntes Individuum von der dritten Galerie fünf Schüsse in den Sitzungssaal ab. Die Geschosse trafen zum Glück niemanden. Der Täter gab an Abraham Georg Kóvör zu heißen. Er sei 40 Jahre alt und früher Oberleutnant gewesen. Kövör macht den Eindruck eines nicht ganz zurechnungsfähigen Menschen. Auf die Frage, weshalb er das Attentat begangen habe, antwortete er: Weil die Herren abermals Krieg haben wollen.

Die Hungersnot in Rußland.

Der Völkerbund verzweifelt die Hilfe.

Genf, 25. September. (Havas.) Der Unterausschuß für die Hilfeleistung an Rußland ist der Ansicht, daß die Regierungen gegenwärtig Rußland keine Kredite bewilligen können. Den gleichen Standpunkt nahm der Unterausschuß bezüglich der Frage an, ob der Völkerbundsrat eingeladen werden soll, seine Dienste zur Organisierung der internationalen Kredite, zur Administration der Fonde und zur Kontrolle der russischen Garantien anzubieten, durch welche die Kredite gesichert werden sollen.

Der Görlicher Parteitag.

Das Schlußwort.

Görlich, 24. September. In der heutigen Schlußsitzung des sozialdemokratischen Parteitages erklärte Abgeordneter Wels in seinem Schlußwort u. a.: Wir machen kein Hehl daraus, daß der Reichskanzler Wirth für die sozialdemokratische Arbeiterschaft und weit über unsere Kreise hinaus in den linksstehenden Parteien heute der einzige populäre bürgerliche Politiker ist, den es in Deutschland gibt. Die sozialistischen Parteien werden ihm nicht vergessen, daß er als bürgerlicher Kanzler den Kampf gegen die Reaktion aufgenommen und das mutige Wort ausgesprochen hat, daß er im Kampfe für die Republik auf der Seite der Arbeiterschaft stehen werde (vehementer Beifall). Wer glaube, daß unsere Partei Handlangerdienste leisten wird, denjenigen, die den Kanzler um egoistischer Ziele willen beseitigen wollen, haben die Rechnung ohne die sozialdemokratische Partei gemacht. Wels betonte dann noch die Notwendigkeit der Einigung aller Arbeiter.

Neue Unruhen in Albanien.

Rom, 24. September. (Tsch. P. B.) Die „Giornale d'Italia“ aus Tirana meldet, haben albanische Truppen die Stellungen an der Drina, die von den Südslawen besetzt waren, angegriffen. Die Südslawen wurden fast von ihren Stellungen zurückgeworfen. Die Verluste auf beiden Seiten waren schwer.

Belgrad, 25. September. Die Truppen der Regierung von Tirana überschritten, tausend Mann stark, gut bewaffnet und mit Geschützen versehen, in der vergangenen Nacht neuerdings die Demarkationslinie am Schwarzen Drym. Bei Mali Kalosani drangen sie 8 Km. tief in jugoslawisches Territorium ein. Vor der Uebermacht der albanesischen Truppen mußte sich die schwache jugoslawische Besatzung bis zum Dorfe Uras zurückziehen.

Mobilisierung und Angriffe der Albanen.

Rom, 25. Sept. (Havas.) Die hiesigen Blätter melden, daß Albanien eine allgemeine Mobilisierung angeordnet haben soll, welche sehr rasch vor sich geht. Jeder Bezirk erhielt den Auftrag, 500 Mann mehr zu stellen. In den Kreisen von Tirana und Elbasan ist die Mobilisierung bereits vollendet. Alle Abteilungen werden gegen die serbischen Grenzen dirigiert.

Belgrad, 25. Sept. (Zug. Pr. B.) Aus Podgorica wird unter dem 24. ds. gemeldet: Die an unseren Grenzen postierten albanischen Banden werden durch erhebliche Kontingente, welche gegen die Miriditen operiert haben, verstärkt. Die albanischen Banden verhalten sich seit dem Eintreffen der Verstärkungen sehr herausfordernd. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß ein Angriff auf unsere Stellungen vorbereitet wird.

Der Streit um Kleinasien.

Die Niederlage der Griechen.

Angora, 24. September. (Havas.) Amtlich wird gemeldet: Die Türken haben die Höhen von Kirgizdag, 30 Km. östlich von Eskishehir besetzt. Sie rückten bis Dumlanpinar vor, vernichteten die Eisenbahnlinie

und unterbrachen so die Verbindung mit der griechischen Armee.

Konstantinopel, 24. September. (Havas.) Nach Nachrichten aus kemalistischer Quelle soll in der Gegend von Eskishehir eine große Schlacht im Gange sein. Die Griechen sollen versuchen, in dieser Stadt Widerstand zu leisten. Andererseits soll General Nureddin Pascha, Befehlshaber der Gruppen der Nordfront, den Befehl erhalten haben, gegen Brussa zu marschieren. General Ghalil Pascha soll den Befehl erhalten haben, gegen Smyrna vorzugehen.

Griechische Stoßseuffer.

Paris, 25. September. (Tsch. P. B.) Laut „Journal des Debats“ hat der griechische Delegierte beim Völkerbund, Frangulis, erklärt, Griechenland habe nicht die Vermittlung des Völkerbundes in seinem Konflikt mit der Türkei angerufen. Griechenland sei nach Kleinasien mit einem Mandate der Mächte gegangen. Da man es in der Erfüllung seiner Mission verlassen habe, setze es das Werk allein fort, das es mit der Unterstützung der Mächte erfüllen zu können glaube. Das griechische Unternehmen in Kleinasien habe den Hauptzweck, nicht nur die Griechen in Kleinasien, sondern auch die Armenier und Kurden, mit einem Worte, alle von den Türken unterjochten Völkern vom otomanschen Joch zu befreien. Der Völkerbund habe im vorigen Jahre das Problem der Intervention in Kleinasien geprüft und erklärt, daß jeder Eingriff unmöglich sei.

Amerika und Europa.

Washington, 24. September. (Reuter.) Senator Lodge betonte bei seiner Besprechung der Verträge wiederum seine Meinung, die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein müsse als bald nach der Ratifikation des Friedensbeginnen. Weder Italien noch Japan hätten Truppen am Rhein. Senator Borah erneuerte seine Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten, die praktisch auf eine Gemeinschaft mit Europa hinausläufe. Amerika, sagte er, will alle Vorteile, die sich aus dem Friedensverträge von Versailles erwachsen, und keine seiner Nachteile. Dieses Verhalten ist moralisch unmöglich. Es wäre besser, sich nicht in die Angelegenheiten Europas einzumischen, sonst würde das Land gezwungen werden, an den Verpflichtungen Europas teilzunehmen.

London, 26. September. (Reuter.) Die „Times“ melden aus Washington: Die Vorbehalte des Senates bezüglich des Friedensvertrages der Vereinigten Staaten mit Deutschland sollen folgende sein: 1. Die Vereinigten Staaten können ohne vorhergehende Zustimmung des Kongresses in den verschiedenen internationalen Kommissionen nicht vertreten sein. 2. Die Amerikaner werden an den von Deutschland geleisteten Reparationen teilnehmen.

Der Aufruhr in Marokko.

Arbeiterdemonstrationen für die Entwaffnung

Washington, 23. September. (Tsch. P.) Der Arbeiterführer Gompers hat die Arbeiterorganisationen, Englands, Frankreichs, Italiens und Japans gebeten, sich den Kundgebungen zu Gunsten der Entwaffnung anzuschließen.

Die Friedensverträge vor dem amerikanischen Senat.

Washington, 23. September. (Tsch. P.) Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat über den deutschen, den österreichischen und den ungarischen Friedensvertrag einen günstigen Bericht erstattet.

Erfolge der Spanier.

Madrid, 23. September (Tsch. P. B.) In dem amtlichen Heeresbericht aus Melilla vom 23. September heißt es: Am Vormittag rückten die Abteilungen von Rador auf Buiz, Lograz und Tauina vor, das sie trotz erbitterten Widerstandes der Rebellen, deren Artillerie- und Infanteriefireer beträchtliche Verluste beibrachte, besetzten. Die Verluste der Spanier sind nur gering. Die Feinde liegen eine ziemlich große Anzahl Tote auf dem Schlachtfelde liegen. Sofort auf Rador abgegangene Züge langten ohne Zwischenfall in Tauina an. In Tetuan, Ceuta und Larasch ist alles ruhig.

London, 24. September. Im Kanal ist in Folge dichtem Nebels der Postdampfer „Ostend-Dover“ mit einem Frachtdampfer zusammengestoßen. Der Frachtdampfer ist innerhalb vier Minuten gesunken. Von seine aus 24 Mann bestehenden Besatzung sind zehn Mann ums Leben gekommen.

die Antwort verlegen. Auch sonst hatten die Deutschnationalen in ihrer Versammlung stark gegen Verlegenheiten zu kämpfen. Der „Deutsche Eisenbahner“ hatte unlängst geschrieben, daß sich „die Herren Volksbeglückter immer ab und zu ein Haus oder eine Villa in Leipzig kaufen“. Als Genosse Grünzer nun in der Versammlung fragte, wer diese Volksbeglückter sind, konnte natürlich niemand antworten. Wir vermuten, daß sich die selben diese Antwort auch für die nächste politische Versammlung aufheben, damit sie bis dahin angeführt ihre erlogenen Behauptungen weiter in ihrer Presse aufstellen können. Wenn ihre Lügen dann öffentlich enthüllt werden, werden sie sicherlich nicht ermangeln — das lernen wir zur Genüge — weiter zu lügen.

Manieren eines Bezirkshauptmanns. In der Notiz, die unter diesem Titel in unserer letzten Freitag-Nummer erschien, ist uns ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen. Die von uns zitierte Zuschrift wurde nämlich nicht von der Bezirkshauptmannschaft in Arumau, sondern vom Schüttenhofener Bezirks-hauptmann an das Sekretariat der Land- und Forstämter in Arumau geseudet.

Ein radiotelephonisches Konzert. Die radiotelegraphische Station in Königs-Wusterhausen bei Berlin veranstaltete Sonntag, den 25. d. M. von 12 bis 1 Uhr mittags, ein radiotelephonisches Konzert. Dieses Konzert wurde auch, wie die „Karodni Politika“ berichtet, im elektrotechnischen Institut der tschechischen Technik in Prag angehört und machte namentlich auf die Laien, die sich unter den Zuhörern befanden, einen überwältigenden Eindruck. Gegen zwölf Uhr begann die Station Königs-Wusterhausen elektromagnetische Wellen auszusenden, teilte Einzelheiten der Vorführung mit und prüfte die Verständlichkeit der Reproduktion. Dann wurde das Konzert mit zwei kurzen orchesterlichen Kompositionen ersteren Charakters eröffnet, hierauf folgten zwei Tenorsoli mit Klavierbegleitung, dann folgte ein leichter Orchestervortrag, ein Geigen solo mit Klavierbegleitung, ein Sopran solo und weitere Orchestervorträge. — Die Reproduktion der Orchestervorträge, erinnerte sehr an die phonographische Wiedergabe. Besonders schön klangen die Pianissimi. Am deutlichsten waren die Klavier- und Gesangsvorträge zu hören. Um 12 Uhr 30 Min. wurde auch die Objektiv Aufnahme des Wetterberichtes des „Bureau Central Meteorologique“, ausgegeben vom Pariser Eiffelturm vorgeführt, worauf die telephonische Aufnahme aus Königs-Wusterhausen wiederum vorgeführt wurde. Die weder durch die Pariser Station noch auch durch die nahe Ranener Station, welche Zeitsignale abgab, gestört wurde. Die Vorführungen, die einen neuen großen Fortschritt der Technik demonstrierten, hinterließen bei den Teilnehmern einen mächtigen Eindruck. Das Prinzip besteht im Wesentlichen darin, daß die von der Station Königs-Wusterhausen in der Stärke von zehnhunderttausend ausgesandten elektromagnetischen Wellen von einer Rahmenantenne aufgefangen wurden und durch geeignete Verstärkungsrichtungen etwa fünfhundertmillionenmal verstärkt wurden. Dadurch konnten zahlreiche Zuhörer nicht nur im Hörsaal, sondern auch in den Nebenzimmern der Produktiven folgen.

Die Durchrechnung der Dienstjahre bei den Eisenbahnen. Wie wir erfahren, wird heute vom Eisenbahnministerium die Durchrechnung der Dienstjahre und die Erneuerung der Diener zu Unterbeamten publiziert werden.

Selbstmord. Vorgestern sprang von der Karlsbrücke eine unbekannte Frau in die Moldau, und sank sofort unter. Die Leiche wurde heute herausgeholt und ins pathologische Institut überführt.

Selbstmordversuch. Gestern um 1/2 12 Uhr vormittags sprang bei den Dolomitmühlen die 29jährige Schlossergattin Antonia Janouschek aus Libenitz in die Moldau. Sie wurde herausgezogen und in das Krankenhaus geschafft. Die Ursache des Selbstmordversuches sind häusliche Zwistigkeiten.

Psychovergiftung. In der Karlsstraße in Bistow vergiftete sich vorgestern abends der Schreiber Adolf Polorny aus Prag mit Psol. Er wurde in bewußtlosem Zustand in das Allgemeine Krankenhaus überführt. Das Motiv seines Selbstmordes bildet unglückliche Liebe und Beschäftigungslosigkeit.

In die Moldau gesprungen. Von der Karlsbrücke sprang gestern um 1/2 12 Uhr abends eine unbekannte Frau in die Moldau und begann um Hilfe zu rufen. Die herbeigeeilte Polizeiwache versuchte sie zu retten, aber fand sie nicht mehr.

Diebstahl. Am Freitag, den 19. September, schlichen sich unbekannte Täter mittels einer Leiter durch das Fenster in das im ersten Stockwerke gelegene Schlafzimmer des Pfarrers Gottlieb Svoboda in Trzevitz bei Leitmeritz ein. Sie stahlen ihm Kleidung und viele Wertgegenstände. Der Gesamtschaden beträgt 60.000 Kronen. Die Diebe luden die gestohlenen Sachen auf einen Wagen und fuhren davon.

Kleine Chronik.

Wiederum: Zahlreiche Arbeiter getötet. Dem „Berliner Tageblatt“ wird unter dem 24. September aus Karlsruhe gemeldet: In den Ritrumerwerken in Kleinlaufenburg ist gestern eine Explosion entstanden, wodurch

die Abfüllstation für Sauerstoff vollkommen zertrümmert worden ist. Mehrere Arbeiter wurden getötet; der Materialschaden ist sehr beträchtlich. Durch die Explosion wurde die Starkstromleitung nach Mühlhausen im Elsaß zerstört.

Prag, 25. September. (Tsch. P.) Wegen der jüngsten außenpolitischen Ereignisse hat Minister Dr. Benes den Vorsitzenden des Außenausschusses Abgeordneten Remec um Einberufung des Ausschusses ersucht, um vor dem parlamentarischen Forum über die Angelegenheit eine Erklärung abzugeben. Der Ausschuss wird wahrscheinlich für Dienstag nachmittags einberufen werden.

Mißglücktes Attentat auf Bilsudski. Lemberg, 25. September. (Poln. Tz.) Als das Staatsoberhaupt Bilsudski, der der heutigen Eröffnung der Lemberger Messe beizuwohnte, nach dem zu seinen Ehren gegebenen Diner im Lemberger Rathaus in Begleitung des Lemberger Wojvoden Grabowski sein Automobil bestieg, wurden auf dieses drei Schüsse abgegeben, die den Wojvoden leicht verletzten. Bilsudski begab sich in das Stadttheater, wo ihm das Publikum enthusiastische Ovationen bereite.

Tod des bulgarischen Nationaldichters Vazov. Sofia, 24. September. Wegen des Todes des Nationaldichters Vazov sind alle Tagesblätter mit schwarzem Rand erschienen. In der ganzen Stadt sind Trauerfahrten geht, die Geschäfte sind geschlossen. Der König hat um Sorge des Dichters einen Kranz niedergelegt.

Wetterkatastrophe in Portugal und Sizilien. London, 26. September. (Laurenzberg.) Lissabon wurde gestern von einem Zyklon heimgesucht. — Auch auf Sizilien hat eine Windhose gewütet, welche in Syrakus großen Schaden anrichtete. Die Ernte ist teilweise vernichtet. Der niedriger gelegene Teil der Stadt ist vollkommen überschwemmt.

Fliegertod. Paris, 26. September. (Havas.) Dem „Petit Parisien“ zufolge stürzte bei Metz ein Militärflugzeug ab, wobei zwei Offiziere verbrannten.

25 Jahre „Delnicka akademie“.

Den tschechischen Sozialdemokraten, welche gestern abends im großen Saale des Gemeindehauses in Prag das 25jährige Jubiläum des Bestandes ihres Volksbildungsvereines feierten, erwidern wir von dieser Stelle aus unsere aufrichtigsten Glückwünsche. Es kann ruhig gesagt werden, daß das Stück proletarischer Erziehungs- und Aufklärungsarbeit, das die Arbeiterakademie seit dem Jahre 1896 geleistet hat, in jeder Hinsicht als gelungen zu bezeichnen ist, umsomehr, als eines der höchsten Ziele, die Gründung einer proletarischen Hochschule, bereits zur Tatsache wurde. Außer zahlreichen Führern und Abgeordneten der tschechischen sozialdemokratischen Partei waren auch Präsident Masaryk und der Unterrichtsminister Susta zur Feier erschienen. Mit dem Lied der Arbeit wurde die Feier eröffnet und beendet. Wir wollen — so wie die Genossen Tayerle, Schebel und Swecny in ihren Referaten ausführten — hoffen, daß es der „Delnicka akademie“ auch weiterhin beschieden sein wird, große Erfolge auf dem Gebiete der politischen und wissenschaftlichen Ausbildung des Proletariates zu erzielen.

Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper.

Karlsbad, 26. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Im großen Kurhausaal begann heute Vormittag die ordentliche Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der tschechoslowakischen Republik. Bürgermeister Dr. Walter eröffnete die Verhandlungen um halb 10 Uhr vormittags, worauf im Namen der Stadtgemeinde Karlsbad Genosse de Witte die Versammlung begrüßte. Nach der Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Teilnehmerkarte und nach Genehmigung der letzten Verhandlungsschrift erstattete Bürgermeister Dr. Walter (Teplitz) einen Tätigkeitsbericht des Verbandsvorsstandes, in dem er sich besonders mit dem Wirken des Vorstandes in der schwierigen Frage der Kriegsanleihen und der Sanierung der Gemeindefinanzen beschäftigte. Den Rassenbericht erstattete Dr. Seifert (Teplitz). Die vom Bürgermeister Patl (Turn) beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt.

Ueber den Aufbau, die Aufgaben und Ziele des Verbandes sprach Abgeordneter Ziemer. Die Bedeutung des Verbandes wird heute allgemein anerkannt. Sein politisches Ansehen ist ziemlich groß. Er entwickelt sich zu einem wertvollen Helfer und Berater seiner Mitglieder. Der Verband ist mit seiner Arbeit noch am Anfang. Er ist die Gemeinde der Gemeinde. Ebenso wie in den Gemeinden müssen die Vertreter aller Parteien hier tätig sein. Die finanzielle Grundlage ist gesund. Die Beziehungen zu den parlamentarischen Verbänden sind gute. Redner skizzierte dann die näch-

sten Aufgaben des Verbandes, die nur erfüllt werden können, wenn auch die noch nicht angegliederten Gemeinden und Bezirke dem Verbande beitreten.

Das Referat über die Schulfrage erstattete Abg. Professor Scholich. Er behandelte vorerst die Art der Zusammenfassung der Bezirkschulräte. Hierauf befaßte er sich mit der Drosselung des deutschen Schulwesens und der Tätigkeit der Regierung, tschechische Schulen in deutschen Gebieten gewaltsam ins Leben zu rufen. Deutsche Kinder wurden in mehreren Ortschaften während mit Gewalt aus deutschen Schulen entfernt; den Eltern wurden Strafen angedroht. Um die Bedrückung des deutschen Schulwesens abzuwehren wurde ein Schulausschuß geschaffen, in dem alle Parteien vertreten sind, der aber allerdings von den Gemeinden nicht so in Anspruch genommen wird, als notwendig wäre. Redner gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich im Schulwesen die nationale Autonomie über kurz oder lang durchsetzen werde. Eine Entscheidung in Bezug auf die Schulfrage wurde einstimmig angenommen.

In der Nachmittagsitzung sprach Abg. Lodgman über die Sanierung der Gemeindefinanzen. Er legte Betrachung dagegen ein, daß die Regierung Gesetze in Kraft treten läßt, die der Bevölkerung gar nicht bekannt sind. Er erläuterte die am 1. Oktober in Kraft tretenden Gesetze über die Sanierung der Gemeindefinanzen und betonte, daß die beiden Gesetze den Gemeinden und Bezirken tatsächlich eine finanzielle Hilfe bringen, aber von einer Sanierung der Gemeindefinanzen zu sprechen, wäre voreilig. Redner beschäftigte sich dann eingehend mit der Einlösung der Kriegsanleihe, die keine Angelegenheit der Humanität, sondern zunächst eine Rechtsfrage sei. Die mittelbare und unmittelbare Befragung von Gemeinden und Bezirken zur Zeichnung von Staatsanleihe ist volkswirtschaftlich verwerflich. Die Selbstverwaltungskörper sind weder Erwerbsunternehmungen noch Vergnügungsanstalten und arbeiten im allgemeinen im öffentlichen Interesse. Wegen Zeichnung oder Nichtzeichnung der Telephonanleihe konnte der Verband eine Meinung nicht geben: aus politischen Erwägungen deshalb nicht, weil politische Erwägungen nicht maßgebend sein können, eine Entscheidung aus wirtschaftlichen Gründen müssen die Gemeinden selbst fällen.

Bürgermeister Genosse Bözl (Aussig) erklärte in seinem Referat über die Regelung der Finanzwirtschaft, daß die neuen Gesetze nicht geeignet sind, die finanzielle Schwächung der Gemeinden zu beseitigen. Bözl kritisierte eingehend einzelne Bestimmungen der Gesetze. Eine gründliche Reform der Gemeindeordnung mit einem Aufsichtsrecht der Regierung, das auf das Mindestmaß beschränkt werden müsse, ist nicht zu umgehen.

Es wurden hierauf einige Resolutionen vorgeschlagen, über die morgen abgestimmt werden wird.

Die Reichskonferenz der „Naturfreunde“.

Sonntag, den 25. d. M. tagte in Prag die erste außerordentliche Reichskonferenz der „Naturfreunde“. Schon die überaus große Anzahl der Delegierten gab davon Zeugnis, wie sehr sich auch auf dem Boden der Tschechoslowakei die Naturfreundebebewegung bereits gefestigt hat. Doch alle anwesenden Gau- und Ortsgruppenvertreter stimmten darin überein, daß zur geistlichen Weiterentwicklung der Bewegung eine Zentralisation unbedingt notwendig ist. Die Konferenz wurde vom Genossen Dietl-Aussig im Namen der provisorischen Landesleitung eröffnet. In das Präsidium wurden die Genossen Dietl-Aussig, Heller-Prag und Maszar-Preßburg gewählt. Nach einigen kurzen Begrüßungsworten der Delegierten der Prager und Kaschauer Ortsgruppe und einer Ansprache des Genossen Hapich, der die herzlichsten Grüße der deutschösterreichischen Naturfreunde überbrachte, referierte Genosse Dietl über die Entwicklung des Vereines in der Tschechoslowakei seit dem Zusammenbruche der österreichisch-ungarischen Monarchie. Er verwies darauf, daß es Sache der Beratungen der Konferenz ist, sich darüber Gewißheit zu verschaffen, daß eine weitere geistliche Entwicklung der Bewegung nur von einer strengen Zentralisation abhängt, zumal das bisherige, nicht einheitliche Vorgehen in vieler Hinsicht Nachteile brachte. Auch die planmäßige Durchführung der Unfallversicherung sei eine Hauptaufgabe der neuen Reichsleitung. Das Anwachsen der Mitgliederzahl der „Naturfreunde“ in unserem Staate führte der Referent durch Angabe folgender Ziffern vor Augen: Im Jahre 1918 bestanden in Böhmen 15 Ortsgruppen mit 315 Mitgliedern, im Jahre 1921 27 Ortsgruppen mit 1721 Mitgliedern, im Jahre 1918

waren in Mähren 4 Ortsgruppen mit 79 Mitgliedern, im Jahre 1921 6 Ortsgruppen mit 584 Mitgliedern. In der Slowakei bestanden außerdem zwei Gauen in Preßburg und Kaschau, die gleichfalls in der letzten Zeit einen großen Aufschwung genommen haben und den übrigen Gauen in dieser Hinsicht durchaus nicht nachstehen. Ueber Schlesien kann nur gesagt werden, daß im Jahre 1918 eine Ortsgruppe mit 38 Mitgliedern bestand, über die leider fast gar nichts in Erfahrung gebracht werden konnte. Im Jahre 1918 zählten die „Naturfreunde“ bei uns 22 Ortsgruppen mit 455 Mitgliedern, wogegen heute die Zahl auf 36 Ortsgruppen, mit 2521 Mitgliedern (ohne Kaschau) in den drei böhmischen, einen mährischen und zwei slowakischen Gauen gestiegen ist.

Hierauf erstattete Genosse Claesse-Aussig den Kassabericht für Böhmen. Der Beitrag für die Reichsleitung wird unbedingt erhöht werden müssen. Zu dem nächsten Punkt, „Statuten-Änderung“ nahmen ausnahmslos alle Delegierten in überaus sachlicher Weise Stellung. Es wurde vorderhand beschlossen, im § 1 den Namen des Vereines auf „Touristenverein D. R. im Bereiche der tschechoslowak. Republik“ abzuändern. Ferner wurde ein neuer Punkt aufgenommen, demzufolge sich der Verein in Zukunft auch mit der planmäßigen Heranbildung der Jugend zur Touristik entsprechend zu befassen hat.

Die vorgenommenen Wahlen in die Reichsleitung ergaben zwei Mandate für Nordböhmen und ein Mandat für die Ortsgruppe Prag und für den Gau Mähren. Es wurde ferner beschlossen, daß die Zentralleitung ihren Sitz in Aussig hat und daß alle Ortsgruppen pro Mitglied 1 K jährlich an die Reichsleitung als Beitrag abzuführen haben.

Ueber die Presse referierte eingehend Genosse Nase-Aussig. Da ein einheitliches Mitteilungsblatt derzeit aus technischen und pekuniären Gründen nicht herausgegeben werden kann, wird beschlossen, bis auf weiteres, durch die Reichsleitung an alle Ortsgruppen allmonatlich eine Mitteilung herausgeben zu lassen, um über alles, was für die Weiterentwicklung unserer Bewegung unbedingt wissenswert ist, die Mitglieder im ganzen Staate stets am Laufen zu erhalten.

An der Reichskonferenz nahmen teil: Vertreter der Ortsgruppen Aussig, Bodenbach, Reichenberg, Prag, Mähr.-Ostrau, Kaschau, Preßburg, Böhm.-Leipa, Rentitschein, Brünn, Turn-Teplitz, Dux, Rochlitz bei Reichenberg und Rumburg. Die Znammer Ortsgruppe hat ihr Fernbleiben schriftlich entschuldigt.

Als um 5 Uhr abends der Vorsitzende Genosse Dietl die Tagung als geschlossen erklärte, hatten alle Delegierten das Bewußtsein, in den sechs Stunden, die die Konferenz getagt hatte, fruchtbringende Arbeit für die Bewegung geleistet zu haben. Dies wird vor allem auch durch die angestrebte Fahrpreisermäßigung von 50 Prozent, die den Wandergenossen schon bei einer weit geringeren Anzahl zugestanden werden soll, als es bisher bei 20 Prozent der Fall war, hoffentlich recht bald zu Tage treten. Die Reichsleitung arbeitet bereits daran, beim Eisenbahnministerium durchzusetzen, daß auch unseren proletarischen Touristen dieselben Vergünstigungen eingeräumt werden, die heute schon zahlreichen tschechisch-bürgerlichen Vereinen zugestanden wurden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Eine Hausgenossenschaft. In Charlottenburg waren die Bewohner eines Hauses mit dem Hausherrn in Streit geraten, weil dieser das Haus verlottern ließ und nur darauf bedacht war, aus der Mieterschaft herauszuholen, was er konnte. Als der Vermieter in Geldverlegenheit kam, erklärten nun die Hausbewohner die Mittel zum Erwerb des Hauses vorstrecken zu wollen, bildeten eine Hausgenossenschaft und kauften das Haus. Der Geschäftsanteil jedes Mieters beträgt 3500 Mark, der bei Eintritt zu einem Zehntel einzuzahlen ist, die weitere Tilgung geht in Monatsraten von je 100 Mark vor sich. An der Spitze der Genossenschaft steht ein dreigliedriger Vorstand. Die Mitgliedschaft in der Genossenschaft erlischt mit dem Verlassen des Hauses. Die Zahlungspflicht der Genossen basiert auf der Raumfläche der Wohnungen, die sie innehaben. Nach diesem Maßstab werden die Koblengelber, die Ausgaben für Wasser, Gas, Elektrizität, Fahrstuhl, Müllabfuhr, Hausmeister aufgeteilt. Jedes Jahr wird 1 Prozent Amortisation der Kaufsumme geleistet, sodas das Grundstück in 100 Jahren schuldenfrei sein wird und nur noch seine Unterhaltungskosten und die Ansammlung einer Reserve für Neubau erfordert. Kommt diese Zeit auch erst den Enkeln und Urenkeln der gegenwärtigen Bewohner des Hauses zu Gute, so haben doch die heute lebenden Hausgenossenschaftler Freude an der gemeinnützigen Arbeit und sind Herrzer im eigenen Hause. Das kleine Beispiel zeigt, welcher Segen die Genossenschaftsbewegung in der so bräunenden Wohnungsfrage werden kann.

Wirtschaftskrise und Riesengewinne. Die Baumwollspinnerei in Wittweida hat in dem Geschäftsjahr 1920—21 einen Reingewinn von 24.7 Millionen Mark gegen 1.95 Millionen Mark im Vorjahr erzielt. Das gesamte eingezahlte Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 5 Millionen Mark, der Reingewinn ist also fast fünfmal so groß wie das Aktienkapital. Der Reingewinn wurde nicht völlig unter den Aktionären verteilt, 10 Millionen Mark allein wurden auf ein Verwaltungskonto gebucht. Der märchenhafte Gewinn wurde in einem Jahre erzielt, in dem sich die Textilindustrie in einer schweren Krise befand.

Deutsch-belgisches Marktabkommen. Aus der Zeit der deutschen Okkupation Belgiens im Weltkrieg liegen in diesem Lande Markbestände in der Höhe von 6 Milliarden, welche die deutschen Besatzungstruppen dort in Umlauf gebracht haben. Wie das Berliner Tagblatt meldet, wurde nun über diese Markbestände ein Abkommen zwischen Deutschland und Belgien geschlossen, wonach sich Deutschland verpflichtet, vier Milliarden Mark zum Kurse von 1,25 Frank per Mark einzulösen. Die Schuld muß in 30 Annuitäten zuzüglich 2 Prozent Zinsen getilgt werden. Die verbleibenden zwei Milliarden sollen später zum festen Kurse von 0,25 Frank per Mark eingelöst werden. Damit nimmt Deutschland eine kolossale Belastung auf sich. Diefür verzichtet Belgien auf die Liquidation der unter Sequester gestellten deutschen Güter.

Freihandelskongress in Amsterdam. Vor einigen Tagen hat in Amsterdam der internationale Kongress der Freihändler verschiedener Länder stattgefunden, dem bezeichnenderweise Franzosen und Belgier ferngeblieben waren. Auf dem Kongress wurde eine Reihe von Referaten erstattet, die sich alle gegen die Hochschutzzollpolitik und den Imperialismus richteten. Von Interesse ist der Beschluß des Kongresses, daß in einer Anzahl Länder Freihandelsorganisationen errichtet werden sollen und daß diese Organisationen international zusammengefaßt werden. Angesichts der immer stärker werdenden Bestrebungen in fast allen Staaten, die nationale Industrie und die Landwirtschaft durch hohe Zölle zu schützen, sind die Bestrebungen nach internationaler Zusammenfassung der Gegner des Schutzzollens in allen Ländern beachtenswert.

Lohnbewegung im englischen Maschinen- und Schiffsbauwerke. Aus London wird gemeldet: Die Verhandlungen mit den Arbeitern im Maschinen- und Schiffsbauwerke über die Bestimmung des Kriegsausschlages auf die Arbeitslöhne sind nach längerer Dauer abgebrochen worden. Die Bestimmung bedingt eine Herabsetzung um 10 Schilling wöchentlich für 3 Millionen Arbeiter. Eine Delegiertenkonferenz der Trade Union, die sich mit diesen Angelegenheiten befaßte, beschloß, ein Eingreifen des Arbeitsministers herbeizuführen.

Vertretung der Textilindustrie in Sowjetrußland. Ein Funkpruch meldet aus Moskau: Der dritte allrussische Textilarbeiterkongress hat beschlossen, alle großen Textilunternehmen in Rußland zusammenzufassen und ihre Tätigkeit zu vereinheitlichen.

Der Wert der Krone. Es kosten 100 holländ. Gulden 2931/2, 100 Mark 83/4, 100 schweiz. Franken 1596/4, 100 Lire 381, 100 franz. Franken 669, 1 Pfund Sterling 348, 1 Dollar 93/4, 100 belg. Franken 666/4, 100 Peso 1181/4, 100 Dinar 170/4, 100 Lei 80/4, 100 österr. Kronen 4.70, 100 poln. Mark 1.82/4, 100 ung. Kronen 14.90.

Ans der Partei.

Anton Hueber, seit einem Menschenalter Organisator und Führer der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, ist gestern 60 Jahre alt geworden.

Hueber stand an der Wiege der österreichischen Gewerkschaftsbewegung und wie standen, solange unser Arbeitsgebiet mit Oesterreich staatlich verknüpft war, jahrzehntlang mit Hueber in innigster Arbeitsgemeinschaft. So hat auch unsere Gewerkschaftsbewegung aus seiner glänzenden organisatorischen Begabung, seinem durch tiefe Erfahrung geschärften Blick reichen Gewinn gezogen. Hueber darf stolz auf sein bisheriges Lebenswerk zurückblicken, das ihm auch einen der ersten Plätze in der Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung im besonderen und der internationalen Arbeiterbewegung im allgemeinen sichert. Von dem stolzen Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich gibt am besten die Tatsache Kunde, daß in dem kleinen Lande, das sechs Millionen Einwohner zählt, rund eine Million Menschen der gewerkschaftlichen Organisation angehören, was mehr als alle Worte die ungeheure Arbeit ausdrückt, welche die Leiter der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, an deren Spitze Hueber steht, zu leisten hatten. Hueber vollendet sein 60 Lebensjahr in ungebrochener Frische und Tatkraft. Dem herzlichsten Glückwunsche für ihn schließen wir den Wunsch an, es möge ihm gegönnt sein, noch lange Jahre in gleicher Frische für die Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein.

Rechtsankünfte.

Sprechstunde an jedem Montag zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags in der Redaktion.
Polzarbeiter Eisenstein. Wenn die Post die Sendung dem Zufüllungsorgane der politischen Bezirksverwaltung übergeben hat, können Sie von ihr keinen Ersatz beanpruchen. Wir empfehlen Ihnen jedoch, den Sachverhalt der politischen Bezirksverwaltung in Klattau zu Honden des Vorstandes schriftlich mitzuteilen und von ihm Erledigung Ihres Gesuches und Ersatz Ihres Schabens zu verlangen und, wenn dieses Einschreiten wieder erfolglos sein sollte, den Fall einfach der politischen Landesverwaltung in Prag zur Kenntnis zu bringen.

Secretariat Slaab. Dermalen besteht leider noch nicht die gesetzliche Möglichkeit, solche ehrenwerte Herren, welche die durch die Reversfertigung der Partei gegenüber übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen, hierzu zu zwingen. Da jedoch nicht bloß unsere, sondern alle übrigen politischen Parteien ein Interesse daran haben, daß derlei charakterlose Elemente verhalten werden, auf ihre Mandate zu verzichten, eventuell derselben verlustig erklärt werden können, wurde von der Regierung in der Rationalversammlung ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf eingebracht, der wohl in absehbarer Zeit zur Annahme gelangen dürfte.

Kunst und Wissen.

Bizet: „Djamileh“ — Donizetti: „Lucia von Lammermoor.“ Zwei sorgfältig vorbereitete — unnötige Neueinstudierungen. Man wäre zu Dank verpflichtet gewesen, wären dieselbe Mühe, daselbe Können heute uns und der Zeit nächstehenden Werken gewidmet worden. — Die der „romantischen Oper“ Bizets eigenmächtig Grazie und Sinnlichkeit in der Melodie und Klangfärbung sollen nicht gelungener werden. Aber sicher ist, daß solche und ähnliche Spieloper, entbehren sie des Einschlages von Humor oder Komik, deutlicher orchestraler Charakteristik des Milieus, uns fremder sind als zum Beispiel die Mozartschen. Was „Carmen“ zu so unerhörter Wirkung hebt, die Verbindung des Veristischen mit Wagner und Operette, kann hier nicht wirken. So wird „Djamileh“ (und mit ihr andere Spiele) zu einem Liebesabend. Verbindung des Wortes mit der Musik von Puccini zu Puccini. Uns ist das Musikdramatische nahe. So reizvoll in einzelnen Partien dieser Einakter ist, er wirkt historisch. — Herr Macha als Sarun, aus

anfänglicher Befangenheit, die ihn im ersten Piano leicht distanzieren ließ, erwachend, brachte (manchmal ein wenig zu herb) Klarheit und Höhe. Frau Fichs, die eingesprungen war, schauspielerisch und gefanglich in vollkommener Beherrschung der Materie.

Es folgte leider noch „Lucia von Lammermoor“, der man bereits den ewigen Schlaf gönnen würde. Unberdaulich wie der „Trompeter“ und die „Afrikanerin“ (der nicht einmal Szell beikommen konnte). Auf Bravourstücken aufgebaute Partitur, Paradedstücke für die Personen des Theaterzietells. Betonung des Startums (von der Harfe angefangen bis zu jedem einzelnen Sänger). — Herr Klagaß, dessen Stimme anfangs etwas farb- und reizlos war, schien sich für den letzten Akt geschont zu haben, der dann überraschte. Laber, Lubvik und Kriener fügten sich dem ausgezeichneten Gesamtbilde ein. Die künstlerisch höchstehende Leistung: Frau Gerhardt in der Titelrolle, meisterhaft in der Behandlung ihres schönen, unbeschweren Materials. — Und trotzdem und nochmals: wozu? S. G. S.

„Urania.“

Eröffnungabend: Dante-Fest Mittwoch, den 28., 8 Uhr, mit Vorträgen, Lichtbildern und Rezitationen aus der „Göttlichen Komödie“. Karten 6—2 Kr. Mitgliederanmeldungen und Mitgliedskartenerneuerung (Jahreskarte 5 Kr.) täglich 10—1 und 4—7, Smeischtag, 22.

Bruno Walter, Bayer. Generalmusikdirektor, dirigiert heute um 7 Uhr abends die Sächsische Philharmonie im Smetanaaal.

Oskar Fried dirigiert am 29. ds. die Sächsische Philharmonie im Smetanaaal. Karten im Vorverkauf und bei der Kasse.

Neues Theater. Heute, Dienstag „Die Schauspieler“. Morgen Nachmittag statt „Sperrschere“ die Lehar-Operette „Die blaue Mazur“. Donnerstag „Die Weber“. Samstag „Die Scheidungsreise“. Sonntag Nachmittag „Das Hollandweibchen“.

Turnen und Sport.

D. F. C. Prag gegen Viktoria Zizlow 3:2 (1:2). (Sonntag, den 25. September in Prag.) D. F. C., durch Neueinstellungen verstärkt, zeigte sich als ebenbürtiger Gegner, ja in der zweiten Halbzeit war er sogar stark überlegen. Infolge noch mangelnden Zusammenspiels konnte er aber diese Überlegenheit nicht ausnützen. Viktoria Zizlow

führte ein gutes Kombinationspiel vor, konnte jedoch gegen die aufopfernd spielende Hintermannschaft des D. F. C. nicht viel ausrichten. Schiedsrichter schlecht; 5000 Zuschauer. Spielverlauf: 3. Minute: Leh geht vor, schießt, der Goalmann wehrt ab, Leh schießt nach. Inzwischen pfeift der Schiedsrichter in völliger Unkenntnis der Spielregeln wegen Offside ab und erkennt das Goal nicht an. In der 18. Min. erringt D. F. C. durch Jesuwar die Führung; in der 20. Min. Ausgleich. Hierauf wechselnde Angriffe. Eine Minute vor Schluß der 1. Halbzeit läßt der D. F. C. Lormann einen von Prokop geschossenen Ball durch die Füsse durch. Der Stand 1:2 hält bis Ende der ersten Halbzeit an. In der 8. Min. bombardiert D. F. C. das gegnerische Tor, ohne daß ihm ein Treffer gelingt. In der 10. Min. gleicht Jesuwar durch einen sehr schönen Schuß aus 20 Meter Entfernung aus. 15. Min.: Fischer bringt den Ball allein durch und senbet unhaltbar ein. D. F. C. führt 3:2. 24. Minute: Leh überspielt die gegnerische Verteidigung und verschießt aus 6 Metern. In der 39. Minute biltiert der Schiedsrichter (unseres Erachtens ungerechterweise) wegen Hand einen Elfer gegen D. F. C.; Prokop schießt darüber. Viktoria Zizlow versucht nun in den letzten Minuten den Ausgleich herbeizuführen, kann jedoch am Resultat nichts mehr ändern.

A. C. Sparta Prag gegen Rudolfsbügel F. C. Wien 4:0 (1:0). Sparta trat mit Hojer jr. (früher Karlsbad) statt Janda an, führte jedoch trotz des großen Torunterschiedes kein besonders gutes Spiel vor. Das Forward der Wiener kombinierte stark, zeigte aber kein Schußvermögen; ihre Hintermannschaft hielt gegen Ende des Spieles das vorgelegte Tempo nicht aus, was die beträchtliche Niederlage zur Folge hatte. Goals: Pilot, Hojer jr., Sedlacek (2), Schiedsrichter: Krause gut. 10.000 Zuschauer.

Teplitzer F. R. gegen S. R. Slavia Prag in Teplitz 4:1 (2:1). Teplitz mit zwei Ersatzleuten errang nach hartem Kampf einen einwandfreien Sieg über die Prager. Das Spiel artete zeitweise so aus, daß von Teplitz Tampe, von Slavia Wilda und Cibera ausgeschlossen wurden. Tore für Teplitz: Tampe und Kojeluh je 2, jenes für Slavia Hornh.

Wienna schlägt in der Wiener Meisterschaft überraschend die Amateure 1:0.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
 Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Lida
 Toilettenseife
 ist gut und
 immer gleich
 gut

CAFÉ ELEKTRA
 WEINBERGE,
 vis-a-vis dem Museum, neben dem Deutschen Theater.
 TREFFPUNKT DER GENOSSEN.
 Telephon 4854. 9

Kohle - Koks - Holz
 liefern fuhren- und waggonweise
S. L. Reimann Söhne,
 Prag II., Václavské nám. 47.
 Telephon Nr. 1675 und 4179. 92

Spezialhaus für
Spitzen, Stickerei, Tulle
Vorhänge
A. R. Amschelberg
 Prag, ulice 28. Fljns 1. 4

Sämtliche Druckaufträge
 übernimmt 98
Lidová knihkárna A. Němec a spol.
 („Pravo Lidu“)
 PRAG II, Hybernská 7. :: Tel. 4999.

Ebermanns
Mundwasser — Zahnpulver
 das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64
 Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen.
 Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Kautschuk-Stampiglien
 erzeugt schnell, gut und billig
Franz Chmel, Prag II., Nekazanka 18.

Konsumvereine führt nur
Libaner Presshete
 Zentrale: Prag, Rybná ulice 13.
 25 Fabrik: Liban.

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen
 amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen 2

A. Kominik, Prag II., Revoluční 9, Telefon 0514-VIII.

Frische Preiselbeeren
 in 5 kg Postkistchen liefert zum äusserst. Tagespreise 7
Josef Červený, Klattau 4, Böhmerwald.
Zeitungs-Ausschnitte
 über alle Wissensgebiete, pol. u. Berufsfragen usw. Tägliche Kontrolle von ca. 1000 Zeitungen des in- u. Auslandes. 68
 The Internat. Spectator Prag II., Panská 9.

Einschneidende Veränderungen in der Luxus- und Umsatzsteuer.

Vom 1. Oktober d. J. tritt laut Gesetz vom 12. August 1921, Nr. 321 die erhöhte Umsatzsteuer in Kraft. Alle von mir gelieferten, amtlich als geniale berechneten Steuerbücher sind nach wie vor mit bestem Erfolge verwendbar. Die verschiedenen Ausgaben für den kleinen Handwerker, den Großkaufmann, wie industriellen bieten durch ihre grossartige Übersicht unerreichbare Vorteile, erleichtern die Eintragungen und sichern dem Chef, der Behörde und den Steuerbeamten eine leichte und rasche Kontrolle.
 Für Erzeuger und Wiederverkäufer von Luxuswaren liefere ich Belege zu 100 Bl. geblockt, die richtig verwendet für Waren zum weiteren Verkauf nur der 2 prozentigen Umsatzsteuer statt der 10 prozentigen (12 prozentigen) Luxussteuer unterliegen.
 Bei Bestellungen sind genaue Angaben erforderlich, da 6 verschiedene Sorten Steuer und 2 Sorten Lagerbücher in deutscher, sowie in tschechischer Sprache lieferbar sind.
 Z. B.: Ein Kaufmann, der keine Bücher führt und 100.— Kr. von einem Käufer empfängt, braucht ein Steuerbuch A. St. B.; führt dieser nur Luxuswaren, die im Kleinhandel der Luxussteuer unterliegen, braucht er Steuerbuch L. St. B.; führt dieser beide Waren, braucht er komb. Steuerbuch K. St. B.; ein prof. Kaufmann braucht Steuerbuch P. St. B.
 Eine Schneiderin benötigt, selbst wenn der Verbraucher eigene Seide bringt, für die Leistung (Arbeit), die jetzt Luxussteuerpflichtig ist, ein kombiniertes Steuerbuch K. St. B.
 Ein Friseur, der keine kosmetischen Artikel führt, benötigt nur ein Steuerbuch U. B.
 Steuerbücher für Aerzte, Advokaten usw., usw. zu beziehen vom Verleger und Erzeuger 114
Emil Adler, Prag II.,
 Havlíčková ul. 4—6.
 Fabrikation von Geschäftsbüchern und Bureau-Artikeln

Die Lage der englischen Arbeiterschaft.

Seit mehr denn Jahresfrist breitet sich die Wirtschaft Großbritanniens im Zeichen einer enormen Arbeitslosigkeit, die ihre natürliche Erklärung aber in der nach Beendigung des Krieges sich allenthalben bemerkbar machenden Wirtschaftsdpression sowohl, als auch in der Tatsache, daß es auch England trotz der in seiner Industrie vorhandenen großzügigen Organisation nicht gelang, die bloße „Kriegs-Produktion“ wieder in eine Friedenswirtschaft umzustellen.

Zweifellos trägt der während des Krieges eingetretene Verlust zahlreicher Märkte an diesem Zustand der englischen Wirtschaft und in weiterem Sinne an der durch ihn bedingten prekären Lage der englischen Arbeiterschaft ebenso die Schuld, wie der allgemeine Zusammenbruch der kontinentalen Wirtschaft, mit der die englische rege Wechselbeziehungen unterhielt. Insbesondere ist der wirtschaftliche Zustand Deutschlands als des — nach England — bedeutendsten Industrielandes Europas nicht ohne Rückwirkung auch auf die Wirtschaft Englands geblieben. Ging England mit dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft ein aufnahmefähiger europäischer Markt verloren, so wirkte hinwiederum der tiefe Stand der deutschen Valuta — so katastrophal er auch für die Reichsfinanzen und damit für das Vermögen der Volksgemeinschaft sein mußte — in der Richtung des „Dumping“ auf die englische Wirtschaft ein, d. h. englische Waren wurden in ihrem eigenen Erzeugungslande von solchen deutscher Herkunft unterboten. Die schon in Vorkriegszeiten von der deutschen Großindustrie im kapitalistischen Konkurrenzkampf mit der anderer Länder gern geübte Praxis des Dumping (von to dump = Schutt abladen) wirkte sich jetzt ohne besonderes Zutun fast automatisch aus.

Ein ungeheures Sinken der deutschen Valuta — wie wir es soeben erlebten — mußte diese Sachlage noch klarer hervor treten lassen, und auch denen verdeutlichen, die dies bisher nicht in vollem Umfange begreifen konnten. Der durch die deutsche Konkurrenz hervorgerufenen Wirtschaftskrise im eignen Lande widmen in diesen Tagen die allfassen Zeitungen einen breiten Raum. Die aus diesen Ursachen erwachsende Krise, deren Objekt letztlich und endlich nach dem im kapitalistischen System herrschenden Prinzip, die eigenen Lasten auf schwächere Schultern abzubürden, die englische Arbeiterschaft ist, findet ihren natürlichen Ausdruck in der großen Zahl der in England vorhandenen Arbeitslosen und in den in den letzten Tagen wiederholt gemeldeten Demonstrationen und Tumulten, die an verschiedenen Stellen sogar nahezu den ernsthaften Charakter von Aufzügen annahmen.

Trotzdem diese spontanen Erhebungen die zunehmende Verelendung des englischen Proletariats mit Deutlichkeit aufzeigen, geben die amtlichen Statistiken ein relativ günstiges Bild der Verhältnisse. So wurde die Zahl der Arbeitslosen für den 9. September mit „nur“ 1,052.000 angegeben,

was eine Verminderung von 25.400 gegen die vorhergehende Woche bedeutete. Doch können diese Zahlen keineswegs als Beispiel für eine Besserung der Verhältnisse angesehen werden, denn abgesehen davon, daß sie diejenigen Personen nicht einbezieht, die mit verzierter Arbeitszeit tätig sind, ist in ihnen auch nicht die große Zahl der erwerbslosen Populärarbeiter enthalten. Die anscheinende Differenz ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß etliche kleine Industrien tatsächlich eine Besserung ihrer Wirtschaftslage erfahren, während nach wie vor in den Schlüsselindustrien und besonders im Bergbau die Arbeitslosenziffer im Steigen begriffen ist. Gerade die Lage des Bergbaus als jener Industrie, die nahezu der gesamten Wirtschaft Großbritanniens als Basis dient, beeinflusst sehr wesentlich das Gesamtbild der industriellen England und seiner Arbeiterschaft.

Handelte es sich bei der von den Bergarbeitern erhobenen Forderung der Rationalisierung der Gruben zunächst nur um das Inslebentreten einer bisher nur programmatischen Formulierung, hervorgerufen und unterstützt durch die nach dem Kriege und in seiner notwendigen Konsequenz sich allenthalben bemerkbar machende Revolutionierung der gesamten Arbeiterklasse — ja, waren für diese Forderung vielleicht auch eine Anzahl technischer Momente maßgebend, insofern, als die Gruben durch den während des Krieges getriebenen Raubbau heute nicht mehr die notwendige Betriebssicherheit aufweisen und die Zahl der Betriebsunfälle zunimmt, — so ist jetzt die Forderung „The mines for the Nation“ zu einer Wagenfrage der englischen Bergarbeiterschaft geworden, denn nur eine vollkommene Sozialisierung des gesamten Bergbaues könnte ihnen einen annehmbaren Lohnstandard und auch die notwendigen hygienischen und betriebstechnischen Einrichtungen bringen. Es ist daher verständlich, wenn die Reihen der Bergarbeiterschaft der Gedanke einer schärferen Zusammenfassung der bisher zersplitterten englischen Gewerkschaftsbewegung entsproß. Die auch heute noch aus 1300 kleinen und kleineren Gewerkschaften sich zusammenziehende allgemeine britische Bewegung hat zwar in Gestalt des ständigen bereits ein Vertretungsorgan, doch wenn, trotzdem im großen Frühjahrstreik dieses Jahres der aus Bergarbeitern, Transportern und Eisenbahnern zusammengesetzte gewerkschaftliche Dreieind an den Interessengegensätzen der einzelnen Gruppen zerbrach, zeigt der Gedanke eines allgemeinen, für die gesamte Gewerkschaftsbewegung maßgebenden Generalstabes wieder auf, nachdem er bereits vor Jahresfrist diskutiert worden war, so bedeutet dies nicht sowohl eine Abkehr von den parlamentarischen Methoden und eine Konzeption an die in der englischen, ebenso wie in der französischen und amerikanischen Arbeiterbewegung vorhandenen sozialistischen Tendenzen, sondern auch das Vorwalten von Konzentrationstendenzen, wie sie nicht nur in der immer mehr Platz greifenden Idee des auf der erftatsorganisation sich aufbauenden Industrieverbandes und der sogenannten Gilde ihren Ausdruck finden —

auch die Erkenntnis in die Tatsache, daß trotz der Gegensätze zwischen den einzelnen Berufsgruppen, Erfolge nur gemeinsam erlängbar werden können, mag zu der Wiederaufnahme des Planes des „Generalstabes der Arbeit“ geführt haben.

Eine der Hauptaufgaben dieses gewerkschaftlichen Generalstabes wird es nach dem Wunsch der Masse sein, die jetzige Arbeitslosenfrage einer Lösung nahezubringen. Auch jene oben erwähnten spontanen Aufzuehbewegungen, wie sie besonders in Liverpool und London zu verzeichnen waren, entspringen demselben Wunsch der Erwerbslosen, in ihrer Existenz und in Bezug der ihnen von staatswegen zugesicherten Arbeitslosenunterstützung nicht vom Gutdünken kommunaler Verwaltungsorgane abhängig zu sein. Sie verlangen, daß die Erwerbslosenunterstützung aus staatlichen Mitteln gezahlt wird, und noch, während diese Forderungen geschrieben werden, befindet sich eine Abordnung englischer Arbeitsloser beim kranken Premierminister, um ihm von neuen diese Forderungen zu unterbreiten. Von dem staatsmännischen Geschick Lloyd Georges wird es abhängen, ob er die für sich selbst und seine Regierung in der zunehmenden Arbeitslosigkeit in England drohende Gefahr erkennt, und ob es ihm bei dem ihm eigenen staatsmännischen Geschick gelingen wird, diese Gefahr durch weitgehendstes Entgegenkommen zu beseitigen.

Tages-Neuigkeiten.

Tote Augen, die weinen.

Ein Kriegsblinder, von seinem Freunde geführt, stieg in die elektrische Straßenbahn. Der Begleiter mußte ihn hier verlassen und überließ den Blinden der Obhut guter Menschen. Da kam der Revisor. Der Blinde, der eben das Spital verlassen hatte, begriff nicht sogleich und handigte treuerherzig dem Revisor seine Ausweis-papiere aus. Doch, o weh! Auf der mit seiner Photographie versehenen Legitimation fehlte die letzte Monatsmarke. Der Revisor erklärte die Legitimation für verfallen, konfisziierte sie und forderte den Fahpreis, den der Blinde ohne weiteres entrichtete, indem er aus seinem abgegriffenen Portefeuille dem Revisor die einzige darin befindliche 50-K-Markte übergab. Nur die Legitimation möge man ihm lassen! Vergeblich beteuerte er, auch die letzte Marke gekauft zu haben, er hätte Zeugen hierfür, die Marke hätte sich wahrscheinlich lösgelöst — er sei ja blind und könne die Legitimation nicht selbst auf ihre Richtigkeit prüfen. Oder habe ihn ein schlechter Mensch um die Marke betrogen. Der Revisor meinte, er könne sich ja die Legitimation bei der Direktion wieder holen — (der weit drauhen wohnende hilflose Blinde!). Nun hat ein älterer Offizier, der die ganze Szene mit angesehen hatte, den Kontroller, doch in diesem gewiß berücksichtigungswerten Ausnahmefalle von der buchstäblichen Befolgung der „Vorschrift“ abzugehen, der Blinde habe ja fürs Vaterland sein Augenlicht verloren (die konfisziierte Legitimation zeigte ihm nämlich in der Uniform eines tschechoslowakischen Soldaten). Der Beamte erwiderte: „Herr Kapitän, es tut mir leid, aber Sie wissen selbst, was Pflicht ist“. Der Offizier schwieg und zog sich zurück.

Nun sah der arme Kriegsblinde fast allein im Wagen, murmelte vor sich hin und — weinte. Weinte aus toten Augen — o, es waren gewiß keine Segenswünsche, die die Lippen des besagtenwertesten Opfers des im kapitalistische Interessen geführten Weltkrieges für unsere Gesellschaftsordnung murmelten!

Der Beamte hatte wirklich nur seine Pflicht getan. Er durfte sich ja vor seinem Untergebenen, dem Schaffner, keine Blöße geben. Ja, es kam ihm vielleicht schwer an, insbesondere als er dem Kapitän, der sich ins Mittel legte, die „korrekte“ Antwort gab. Vielleicht ist er Familienvater und zittert um das Brot seiner Kinder. Die „Vorschrift“, das von der kapitalistischen Unternehmung herausgegebene Betriebsreglement, muß ja so engherzig sein! Es ist ja auf Mehrgewinn erpicht, — sieht selbst in dem hilflosen Kriegsblinden einen betrügerischen „Schwarzfahrer“

Dies begab sich in Prag, Samstag, den 24. September l. J., um 8 Uhr vormittags, auf der 10er-Strasse, Museum — Wolschaner Friedhof, Nummer des Wagens 629, Nummer des Schaffners 407. Cilly.

Hyänen. Vom Hunger Entmenschte haben Hyänen gleich das Totenfeld von Oppau abgesehen, haben den Leichen die Ringe von den Fingern gezogen. Dieser Abscheu trifft sie — aber sie trieb der Hunger, Bestie Kapitalismus hat sie vertiert. Ohne Schuld hat sie, wie wir schon gestern sagten, eine Gesellschaft zu tiefunterst geschleudert, die keinen anderen Gott als das Eigentum kennt. So betrachtet, verwandelt die Hyänen, in denen Hungerige traurigste Beute machten, unsern tiefen Abscheu in tiefstes Mitleid. Das waren Hyänen in des Wortes einfacher Bedeutung: Geschöpfe, die in ihres Leibes Notdurft keine Grenzen ihrer Gier kennen. Dieselbe Gesellschaft aber, welche die einen durch Hunger entmenscht, hat noch ganz andere Hyänen geschaffen, Bestien an Geist und Seele, tieferstehend als Tiere, die sich ohne Not ihres Menschentums begeben. Während die einen das Entsetzliche nützten, um ihren Magen zu befriedigen, haben es sich die anderen zum Schamstüß gemacht. Lesen wir, was sich die „Frankfurter Zeitung“, ein bürgerliches Blatt — aber eines von aufricht demokratischer Gesinnung und menschlich-sozialem Empfinden — über jene Hyänen schreiben läßt, die verstaubte Neugier und abscheulicher Nihil zur Unglücksstätte getrieben:

„ . . . Es waren nicht viele, die am ersten Unglückstag ihre feisten Leiber in feindliche Autos zwängten, in großer Toilette durch die Straßen des Unglücks rollten, die Lognette am Auge, als sähe man sich eine Kinovorstellung an, aber die wenigen genügt. Die unerhörte Taktlosigkeit solchen Tuns wurde dadurch nicht gemildert, daß dieser „Damen“ das Bewußtsein für ihre Schamlosigkeit fehlte, nur eine Unterweisung mit Droschken hier eine Erleichterung hätte hervorrufen können, die jenes Bewußtsein hätte wecken können. Aber waren denn diese armen, verachtungswürdigen Menschentiere nicht eher zu bedauern? Während der Strom der Helfer von allen Seiten heranbraute, sahen sie in ihrem Wagen wie hilflose Puppen, ohne Teilnahme am Leben, unberührt von der großen Welle, die alle wahrhaft empfindenden Menschen ergriff. War jener Arbeiter, der von morgens bis in die sinkende Nacht Sanitätsdienste leistete, nicht ein lebendiges verehrungswür-

Geist und Geschichte des Ultramontanismus.

Das Seelengift des Ultramontanismus ist so gefährlich, weil es im Stande ist, auch im Denken moderner Menschen ganze Bewußtseinsbezirke mit Beschlag zu belegen. Dadurch macht es die von ihm Befallenen unfähig, in ihren Erkenntnissen und ihrem Weltbild so zum äußersten zu gehen, wie es notwendig ist, um die alte Welt zu revolutionieren und eine neue anstatt ihrer aufzubauen. Das macht den Ultramontanismus im besonderen dem Sozialismus gefährlich und daraus erklärt sich die glühende Leidenschaft, mit welcher Samslugs in der Urania Gen. Karl Leuthner aus Wien gegen diesen unsern zähen Feind zu Felde zog. Man muß den Gegner genau kennen, um ihn schlagen zu können, und deshalb wird im folgenden der Versuch unternommen, die große Linie von Leuthners Vortrag für alle die herauszuarbeiten, denen nicht der hohe Beifall vergönnt war, den Ausführungen unseres die Frage suberän beherrschenden Genossen zu lauschen.

Die Macht des Ultramontanismus ist eigentlich ein unerklärliches Rätsel. Er vermag die Seelen nur durch den Glauben zu bannen. Glauben aber soll der fromme Katholik in Dogmen, die dem modernen Weltbild in hundertfachen zuwiderlaufen. Den die Dogmen kauen auf Anschauungen auf, die heute bereits eben Kulturmenschen, also nicht etwa nur dem sogenannten „Gebildeten“, lächerlich erscheinen. Jedes Stadtkind kann über die biblische

Schöpfungsgeschichte, welche die Erde in den Mittelpunkt des astronomischen Geschehens stellt, nur noch die Nase zucken; es weiß mit der ebenda erzählten Erschaffung der Tiere und Menschen nichts mehr anzufangen, weil uns allen, auch, wie gesagt, den Ungebildeten, seit Herders, Goethes und namentlich seit Darwins Tagen der Entwicklungsgedanke in Fleisch und Blut übergegangen ist. Für niemanden mehr ist, wenn er über Gott nachdenkt, dieser Gott ein guter alter Herr mit einem langen, grauen Bart, der über der Welt thront und die Guten lobt, die Bösen straft. Der Gottesbegriff hat für den, welcher nach ihm noch ein Bedürfnis trägt, gewiß unperföbliche Formen angenommen. In Gott vereinigen sich, wie das die Deisten des 18. Jahrhunderts als Kern der Religion in die Aufklärung hinüberreichten wollten, alle die Welt bewachenden Kräfte. Gott ist Symbol, nicht Lebewesen, kann also nicht durch Bitten bewegt, durch Opfer gewonnen werden. Gleichwohl wohnen immer noch Tausende mit Zittern und Zagen dem Mehopper bei, wo der Priester Gott nicht nur bittet. Rein, wo er ihn zwingt, hinabzusteigen und Hostie und Wein in seinen Leib, sein Blut zu verwandeln. Diese Vorstellung des Zwanges, des Beschwörens degradiert Gott von der Höhe der griechischen Götter zu der weit tieferen Stufe primitiver Dämonen. Das Mehopper ist die sichtbarste Form des katholischen Wunderglaubens, aber auch von ihm abgesehen, hat der Katholizismus die Seelen nur durch die Wunderberichte der Evangelien gewonnen. Christi Sittenslehre allein hätte das nicht vermocht, war sie doch

schon vor Christi bei Plato und dessen Schülern vorhanden. Zwischen Gott und Mensch mußte erst der Vermittler, der Messias (auch das übrigens eine uralte, vorchristliche Vorstellung) treten, er mußte durch Krankenheilungen Totenerweckungen, Speisenverwandlungen aufs Gemüt wirken, um dem Christentum die Herrschaft über die Geister zu verschaffen. Das Menschenartige in der Christenmythe, das sich in der Verehrung des „heiligen Kreuzes“ von Trier, der Gottesmutter von Lourds u. dgl. so sinnfällig zeigt, schafft erst in der Seele der Katholiken den merkwürdigen, abgegrenzten Bezirk, in welchem die Kritik nicht hineinlann, wie modern und gebildet der Gläubige sonst auch sein mag. Es ist wie eine Munifizierung eines Bewußtseinstelles, alles übrige wächst und entwidelt sich, der eine Bezirk bleibt abgeschlossen und unverändert. Hierin birgt sich das eigentliche Rätsel des Katholizismus, nein, aller Religionen im Rahmen der modernen Welt überhaupt.

Die Erklärung des Räfels steht so weit man sie liefern kann, in der politischen Entwicklung seit ca. 1750. Damals begann die in England und Frankreich erwachsene Aufklärung, d. i. jene Weltanschauung, welche dem Verstande die Leitung und Klärung des Lebens zuweist, die Geister Europas zu beherrschen. Die Lehren der Enzyklopädisten, Rousseaus und Voltaire wurden Allgemeingut. Die Gebildeten lächelten über die Wunder und Mythen der Kirche. Die Tage des Katholizismus scheinen gezählt, weil ihm das innere Leben abhanden gekommen war. Im Volke lebte er wohl weiter, aber dieses Volk

in seiner Masse war Objekt und nicht Subjekt, nicht Träger der Kultur. Sein Denken und Fühlen kam für die Kultur tatsächlich nicht in Betracht. Die Totengräber des Katholizismus, die Aufklärer, schufen zugleich die Ideale des neuen Bürgerturns, der Freiheit, der Gleichheit und Brüderlichkeit, sie waren also auch die Abhürten der Revolution. Die französische Revolution öffnete der bis dahin kulturell toten Masse das Tor des Lebens. Zuerst stürmten die radikalen Elemente dieser Klasse, die Jakobiner, vor. Sie und nachher Napoleon schienen dem Papsttum durch die Erhebung der Vermunft auf den Thron der Religion und durch das Exil des Papstes in Fontainebleau den Todesstoß zu geben, aber das schied nur so. Denn nach der radikalen Jakobinerherrschaft der Städte trat die breite Menge des Bauerntums auf den Plan. Dieses war radikal, soweit es um Befriedigung der materiellen Bedürfnisse, um die Aufteilung des Bodens u. dgl. ging. Darüber hinaus war es konservativ. In ihm lebte der Katholizismus noch, aus dem Volke stiegen die lebendigen Kräfte des Glaubens allmählich wieder zu der eben nach religiös toten Oberfläche der eigentlichen Kulturschöpfer und -träger empor. Dem vom Volke gebotenen neuen Anhalt gaben diese künstlerisch fortgeschrittensten Männer die neue Form. Das ist die eigentliche Tat der Romantiker Schlegel, Robakis, Tieck, Wackenrodes und ihrer jüngeren Nachfahren Dostojewski und Zacharias Werner. Schon Goethe hatte sich, der „Götter“ und „Kunst“ beweisen das, mit Volkstum erfüllt und dabei, von Herder auf den Weg gewiesen, aufs Mittelalter

diges Stück Leben gegen diese mit Seide und Pelz bedeckten Mumienn, die sich an den Stätten des Grauens dumm und albern de-

Vielleicht dem Ton, der da gegen diese „Armenen des Tages“ angeschlagen wird, nicht reifen. Nur glauben wir nicht, daß diese Fesseln, die sich an den Stätten des Grauens befestigen, durch eine Unterweisung mit Urfeigen in Menschen zu verwandeln wären.

Die Haarprobe der Hakenkreuzer. In der „den Liberalen“, „Bohemia“, dem Sprachrohr der Massen- und Klassenverfeindenden Sozialdemokraten, fanden wir Samstag folgendes niedliches Insekt, dem drei große (uns leider unver-

Wir haben uns zunächst in der Umgebung dieses Insektes umgesehen, ob sich nicht dort ein paar geeignete Kandidaten für diesen Germanenorden finden. Leider können wir ihm die mliegendsten Taubelers, Meckels, und Lojenzweig beiseite! Wir haben so eine dunkle Ab-

Der erste Bischof der tschechoslowakischen Nationalkirche. In Belgrad wurde der Kschohimandrit Gorazd zum ersten Bischof der tschechoslowakischen Nationalkirche geweiht. Damit fügt sich die neue Kirchengemeinde in den Kreis der Nationalkirchen ein, und wenn sie

urückgegriffen. Die Romantiker tun das noch viel entschiedener, ihr Bedürfnis nach ästhetischen Reizen, ihre defiziente Originalität machen das Mittelalter auch dort reizvoll, wo es Goethe noch abließ, in der Vorherrschaft des Katholizismus und des Papstes. Aesthetische Gründe, Freude an der alten Herrlichkeit und an bunten Formen, am Braut des Kultus, an Weibe auch und Gesang führen die Romantiker zum Katholizismus, sie glauben nicht so sehr, als daß sie sich nach Glauben hnen. Und weil das Volk zwischen der Zeit es „Goth“ (1773) und dem „Wunderhorn“ (1804) in der Arena der Geschichte viel weiter vorgeückt ist, sind auch die romantisch-dichteri-

geblieben. Wie der Katholizismus, scheint auch die tschechische Kirche ein togebornes Kind zu sein. Die Sache interessiert uns mehr, als oberflächliches Urteil das von einem Pfaffengeizni wahrhaben will. Denn Rom ist eine lebendige Macht, der Rebel, mit dem es die Gemüter umhüllt, hält sie auch fest. Die reformierten Kirchen treten aus dem Rebel in die Verstandesklarheit und verlieren dadurch die Herrschaft über die Seelen. Als Stuppe im Befreiungskampf vom kirchlichen Einfluß sind die das religiöse Leben erlösenden Reformbestrebungen ganz gegen ihren eigenen Willen unsere willkommnen Bundesgenossen.

Die „angebliche“ Hungersnot in Rußland. Peter Simonov, der Sowjetkonsul für Australien, veröffentlicht in der Wochenschrift „Der australische Arbeiter“, die in Sidney erscheint, einen ausführlichen Bericht über die Ernährungslage in Sowjetrußland. Wir können es uns nicht verlagern, unsere Leser mit einem kleinen Auszuge dieses Berichtes bekanntzumachen, weil er ein so beredtes Zeugnis für die Wahrhaftigkeit der Vertreter Sowjetrußlands abgibt. Simonov berichtet unter anderem:

„Zeit kurzem wird wieder viel telegraphiert und geschrieben über die angebliche Hungersnot in Sowjetrußland und wie gewöhnlich wird unterstellt, daß die Diktatur des Proletariates sie verschuldet habe. Aber wie es meist der Fall ist, haben alle diese angeblichen Informationen nur den Zweck, die Verbrechen der sogenannten westlichen Demokratie zu verdecken. Nach meinen amtlichen Informationen ist in Sibirien und dem Kaukasus, den größten Kornkammern Sowjetrußlands, die Ernte weit über dem Durchschnitt. Im Norden und Süden des europäischen Rußlands, den nächst großen Getreidegebieten Rußlands, ist sie kaum unter dem Durchschnitt; in den Bezirken von Samara und Saratow beträgt sie 40 bis 50 Prozent des Durchschnittes. In diesen beiden Bezirken ist die Lage am schlechtesten. Daraus geht hervor, daß von Hungersnot in Sowjetrußland selbst in diesen beiden schlechtesten Bezirken nicht die Rede sein kann, wenn auch die Ernte hinter den Hoffnungen zurückgeblieben ist. Denn auch die Bezirke Samara und Saratow werden genug haben, wenn die staatliche Besteuerung aufgegeben wird oder wenigstens werden sie vor dem kommenden Januar oder Februar keinen dringenden Mangel fühlen; und selbst in diesem Falle werden höchstens 6 bis 10 Millionen von den 150 Millionen der Bevölkerung Sowjetrußlands davon betroffen sein. In einem so gewaltigen Lande ist es eine normale Erscheinung, daß die eine oder andere Gegend des Landes eine schlechte Ernte hat. Es handelt sich also nicht um ein geringstes und ein unerwartetes Ereignis.“

Während also die Sowjetregierung Aufruf auf Aufruf erläßt, in denen sie die Arbeiterschaft der ganzen Welt beschwört, den Hungernden zu helfen, während in der ganzen Welt Sammlungen eingeleitet werden, um die Not des russischen Volkes zu lindern, behauptet der Sowjetkonsul in Australien, „daß von einer Hungersnot... nicht die Rede sein kann“ und daß es sich „nicht um geringsten um ein unerwartetes Ereignis“ handelt. Mit der Wahrheit nehmen es die Herren Sowjetvertreter nicht sehr genau.

Die bürgerlichen Stadtväter von Weipert in Verlegenheit. Die Stadtvertretung von Weipert bestand seit der Wahl vom 15. Juni 1919 aus 22 Sozialdemokraten, 9 Deutschdemokraten und 5 Deutschnationalen. Nach der Spal-

wankende Welt wieder zur Ruhe und Ordnung zu zwingen, deshalb bauten sie die Macht des Papstes zum Unschliffbarkeitsdogma aus, hielten ihn, das alte römische Weltreich des Geistes, wie es die Kirche bereits im Mittelalter einmal besessen hatte, neu zu errichten. Mit der Verkündigung des Dogmas 1870 stand die absolute Monarchie des Papstes auf ihrer Höhe. Die Bischöfe und Erzbischöfe hörten auf, große, selbständige Fürsten zu sein, und mußten sich mit dem Amt von Profeten und Staatshaltern begnügen, alles ist mit imposanter Folgerichtigkeit nach Rom zentralisiert.

Das Laienement, das in der eigentlichen kirchlichen Hierarchie nichts bedeutet, wurde durch andere Mittel gefesselt, welche die Kirche dem Arsenal der zeitgenössischen Demokratie entlehnte. So wie sie es früher verstanden hatte, sich dem Feudalismus und dem förtlichen Absolutismus einzugliedern, ja, sich ihnen unentbehrlich zu machen, so geht sie seit den letzten 50 Jahren mit der Demokratie. Sie schuf Zeitungen, Vereine, katholische Volksparteien von der imposanten Organisationskraft des Zentrums und katholische Gewerkschaften. Sie kümmerte sich um das Turnen, den Wandervogel, den Gesang und Wissenshunger der Leute, schenkte ihnen eine eigene tschechische Belletristik und popularisierenderen sogar, wenn auch ägernd, die Wissenschaften, selbst Darwin wie schon längst Kopernikus und Kepler läßt sie gelten. Nur eine Wissenschaft kann die Kirche nicht dulden. Das ist die Wissenschaft von ihren eigenen Dogmen und Mythen. Der Nachweis, wie alte Kulte und Vorstellungen in Christus zusammenfließen, wie

tung im Frühjahr traten 6 Sozialdemokraten aus der Fraktion aus und bildeten eine eigene kommunistische Fraktion. Um Neuwahlen zu erzwingen, bemühten die beiden bürgerlichen Parteien diese Gelegenheit zur Mandatsniederlegung, hoffend, daß auch die Kommunisten ihrem Beispiel folgen werden, und daß damit die Auflösung der Stadtvertretung erreicht werden wird. Obgleich die sozialdemokratische-kommunistische Mehrheit die Mandatsniederlegung nicht genehmigte, blieben sämtliche 14 bürgerliche Mitglieder, seit dem 9. Mai d. J. allen Stadtvertretungs-, Stadtrats- und Kommissionsitzungen trotz der Verhängung von Ordnungsstrafen fern. Der Wohl das Bürgermeisterramt als auch die Demokratie legten im Juli diese Angelegenheit der politischen Bezirksverwaltung zur Entscheidung vor. Mit Erlaß vom 21. September l. J. Zahl 488/2 A wurde nun von der politischen Behörde dem Bürgermeisteramt mitgeteilt, daß kein Grund zu behördlichem Einschreiten vorliege, und daß auch die Politische Landesverwaltung keinen Anlaß zur Auflösung der Stadtvertretung finden könne und daß die Behörde angewiesen wurde, gegen diejenigen Mitglieder der Stadtvertretung, deren Austritt von der Mehrheit nicht genehmigt wurde, nach § 68, Absatz 3, Zahl 3 des Gesetzes vom 31. Jänner 1919, Zahl 75 d. Ges. Sg. vorzugehen, wenn diese auch weiterhin den Sitzungen fernbleiben. Die Herren werden also für die Folge, wenn sie nicht zu den Sitzungen kommen, von der Behörde mit 20 bis 500 Kronen oder 24 Stunden bis 1 Monat Arrest gestraft werden. Ihre Verlegenheit ist den Herren nunmehr, nach dem sie 6 Monate allen Sitzungen fern blieben und bestimmt mit der Auflösung der Stadtvertretung rechnen, nicht gering und es dürfte ihnen einigermaßen schwer fallen, einen Entschluß zu fassen.

Zur Bewegung unter den Eisenbahnern. Die Verhandlungen der Eisenbahnerorganisationen u. zw. des Verbandes der Eisenbahner, der Unie, der Zemlja Jednota und des Spolek haben gestern Vormittag beim Ministerpräsidenten begonnen und wurden nachmittags im Eisenbahnministerium fortgesetzt. Ein Ergebnis haben sie noch nicht erzielt. Die Verhandlungen werden heute um 8 Uhr morgens weitergeführt.

Ueber die Lehrkräfte in den tschechischen Minderheisschulen fällt der „Pravdy Beger“ folgendes Urteil: „In den Lehrkreisen betrachtet man die Minderheisschulen als eine Art Strafkolonie. Die Lehrer, welche auf Bezirkskonferenzen sich pathetisch ihres Patriotismus und ihrer Liebe zur Republik rühmen, wehren sich mit Klauen und Zähnen vor jeder Befehung ins gemischte Sprachgebiet. So werden diese wichtigen Posten mit jungen, aus den Lehrerbildungsaufgängen kaum entlassenen Kräften besetzt und es ist also kein Wunder, wenn die Bilanz nicht immer derartig ist, wie sie sein könnte und sollte.“

Die Bestattung der Opfer von Oppau. Unter Beteiligung großer Bevölkerungsmassen und in Gegenwart des Reichspräsidenten, des bayerischen Ministerpräsidenten, des badischen Staatspräsidenten und Vertreter zahlreicher Behörden und Organisationen wurden Sonntag auf dem Ludwigshafener Friedhofe die Trauerfeier für die Opfer der Oppauer Katastrophe abgehalten. Die französischen Militärbehörden waren durch General Demey als Beauftragten der internationalen Rheinlandskommission und General Dangand als Beauftragten des Militärbeschlshabers General Dequette vertreten, welche beide vor Beginn der eigentlichen Trauerfeier an den Reichspräsidenten und den bayerischen Ministerpräsidenten

der Christusglaube ganz natürlich und menschlich ohne jedes Wunder entstanden ist, muß den Glauben auflösen und jenen geheimnisvollen Bezirk in der Seele des modernen Katholiken, wohin die Kritik nicht dringt, aus dem Numienschlaf erwecken. Das mußte 1908 die Enzyklika pasendi und der Modernistencid verhindern. Er wirft die Mythenforscher, einen Loisy, Mure, Schell u. a. von vornherein aus der Kirche hinaus und schreit so ab. So unzulässig hier, so zulässig ist die Kirche ihren Politikern aus dem Laienstand gegenüber, die nicht an den geweihten Bezirk rühren. Sie stützt sie gern durch ihre Autorität. Ihre Anhängererschaft besteht aus der materialistisch Gläubigen, deren Frömmigkeit in der Verehrung von Reliquien, Skapulieren und Heiligenbildern aufsteht, und in dem sonst modernen Menschen, die sich durch Erziehung, Ueberlieferung u. dgl. den religiösen Bezirk noch bewahrt haben. In beiden sind die tieferen Quellen des Glaubens eigentlich tot, trotzdem aber bildet der Ultramontanismus in ihren Seelen eine Anzahl von Hemmungen, die den Fortschritt der Gesellschaft in verhängnisvoller Weise hindern. Wenn die sozialen Kämpfe einmal zum entscheidenden Punkt kommen werden, können sich diese Hemmungen in ihrer ganzen gefährlichen Kraft als Feind unseres Sieges zeigen. Darum gilt es, durch unermüdete Erziehungsarbeit den Wirkungsbeereich ultramontanen Seelenergüftung immer mehr einzuschränken und endlich zu beseitigen. — d.

ten Ansprachen richteten, in warmen Worten ihre Teilnahme zum Ausdruck brachten und Kränze niederlegten. Der Reichspräsident erwiderte ihnen mit Worten des Dankes, es berührte wohlwiegend, daß am Grabe der Opfer dieser Katastrophe das menschliche Gefühl sich über die Landesgrenze hinwegsetzt. In gleicher Weise dankte der bayerische Ministerpräsident. — Sonntag nachmittags wurde die Unglücksstätte Oppau durch den Reichspräsidenten Ebert und den bayerischen Ministerpräsidenten Lerchenfeld einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Die beiden Herren empfingen im Werke eine Abordnung des Angestellten- und Arbeiterrates, der sie die weitestgehende Hilfe von Reich, Staat und Gemeinden in Aussicht stellten. Durch die persönliche Besichtigung an Ort und Stelle fanden die Herren die bisherigen Schilderungen über den Umfang der Zerstörung und über die Not der Bevölkerung und Arbeiterschaft von Oppau und Werk mehr als bestätigt. Der Reichspräsident stattete den Verwandten, in den Ludwigshafener und Mannheimer Krankenhäusern einen Besuch ab.

Da sie morden — warum sollten sie nicht stehen? Das „Hamburger Echo“ brachte vor einigen Tagen eine Nachricht über die Brigade Ehrhardt, die einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muß, damit das Bild dieser Brigade, die der Stolz aller Nationalisten und Monarchisten war, nach allen Seiten abgerundet wird. Es steht fest, daß die Offiziere der Marinebrigade Ehrhardt bei der Auflösung für annähernd 1 Million Mark Seeresgerät — Pferde, Wagen, Geschütze — zwecks Aufstellung eines geheimen Putschregiments unter Schlagel haben. Haupttäter ist Kapitänleutnant v. Kellingner, einer der zurzeit verhafteten Teilnehmer an der Nordbverschwörung gegen Erzberger. Weiterhin wird die Marinebrigade Ehrhardt beschuldigt, Betrügereien bei der Rassenforschung begangen zu haben. Es wird behauptet, daß u. a. für die Besoldung entlassener Kriegsteilnehmer 6 Millionen Mark zuviel abgehoben worden sind. Ein Kapitänleutnant v. Trotha, jetzt in Flensburg, und ein Major Regenaue, Chef der Sicherheitspolizei in Magdeburg, sollen in der Lage sein, nähere Angaben über diese Angelegenheit machen zu können. — Diese Enthüllungen vollendeter Korruption passen vorzüglich zu dem Bilde, das man bisher von der Ehrhardt-Brigade besaß. Nun wissen wir, daß sie neben dem Mordhandwerk sich auch auf Schiebung und Betrügereien gut verstehen.

Zahlen reden für das Alkoholverbot, daß heißt für die günstige Wirkung, die es in den Vereinigten Staaten ausgelöst hat: In San Francisco ist die Zahl der Verhaftungen im ersten Alkoholverbotjahr auf 26.647 von 49.647 im Jahre vorher gefallen. Der Polizeichef von Louisville berichtet, daß im ersten Rükterkeitsjahr die Verbrechen um 55 Prozent gefallen sind. Für gewisse Verbrechen betrug die Zahl der Verhaftungen von Juli 1918 bis Juli 1919 7877; im folgenden Jahre nur 1668. In der Stadt Atlantic ist die Zahl der Inhaftierten um 50 Prozent gesunken. Im Justizhaus von Essex waren 244 Verbrecher am 1. Jänner 1919. Bis zum 1. November 1920 war die Zahl auf 162 zusammengeschrumpft. In vielen Gefängnissen sind nicht genug Inassen, um die nötigen Hausarbeiten zu verrichten. Viele Gefängnisse in den Vereinigten Staaten sind zu verfallenen Zwerden umgewandelt worden. Einige zu Gasthäusern, andere zu Schulen oder zu Versammlungsräumen. Massachusetts berichtet, daß auf der Arbeitskolonie im Gegensaß zu 1410 im Jahre 1916 nur 243 Menschen 1920 untergebracht wurden. Selbst in New York, wo Vorstöße gegen das Alkoholverbot an der Tagesordnung waren, in die Zahl der wegen Trunkenheit Verhafteten nur halb so groß wie in den früheren Jahren. In der Stadt Helena, Montana, hat das Alkoholverbot die Anzahl der Vergehen derart vermindert, daß die Straßenverwaltung beschloffen hat, den Raum, der früher zu polizeilichen Verhandlungen diente, hierfür nicht länger zur Verfügung zu stellen. Beschuldigte können leicht im Amtszimmer des Polizeichefs vernommen werden. In Zukunft finden hier alle Verhöre, statt. Inzwischen ist der verlassene Raum von der Feuerwehr als Turnhalle benützt worden!

Eine Niederlage der deutschnationalen Eisenbahner in Teplitz. Sonntag nachmittags fand in der Rittersburg in Teplitz eine von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner einberufene Versammlung statt, in der auch die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Kaibl, Knirsch und Pappel erschienen waren. Gleich bei der Wahl des Präsidiums zeigte sich zur Ueberwachung der Herren, daß die Sozialdemokraten in der Versammlung die Mehrheit hatten. Der Hauptreferent, der bekannte Wintler, verriet in seinem Referat nicht mehr, als seine böllige Unkenntnis der Verhältnisse, die ihn auch Genosse Krüznauer, unter dem tosenden Beifall der Anwesenden gründlich nachwies. Der Abgeordnete Knirsch wiederum, der nach Krüznauer das Wort ergriff, erklärte, er werde diesen „später einmal“ in einer politischen Versammlung antworten — so sehr war er diesmal un-